

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Für die Förderung des Bergbaus und der Energiewirtschaft sind im Landeshaushalt Ausgabemittel in Höhe von insgesamt 1,23 Milliarden DM eingestellt. Das sind 54 % der Ausgabeansätze des Einzelplans 08. Davon entfallen allein 1,062 Milliarden DM auf die Koks-kohlenbeihilfe. Das zeigt, in wie außergewöhnlichem Maße der Landeshaushalt hier mit den Kohleleistungen befrachtet ist. Diese Kohleleistungen werden in den nächsten Jahren eher noch weiter zunehmen, als daß sie abnehmen können. Wir sind auch hier - darüber ist schon gesprochen worden - auf finanzielle Unterstützung und Entlastung angewiesen.

Meine Damen und Herren, insgesamt bekräftige ich für die Landesregierung, daß wir unsere Wirtschaftspolitik der ökonomischen und der ökologischen Erneuerung fortsetzen werden, daß wir dabei aber in entscheidenden Bereichen auf finanzielle Mithilfe angewiesen sind, um die wir mit Nachdruck nachsuchen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der F.D.P.: Die Redezeit der Landesregierung haben Sie ausgeschöpft!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Posdorf von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Situation, vor der wir heute beim Haushaltsplan für Wissenschaft und Forschung stehen, läßt sich kurz, aber treffend wie folgt charakterisieren.

(B)

Im vergangenen Jahr standen wir noch kurz vor dem Abgrund; dieses Jahr sind wir einen großen Schritt weiter. Wir sind einen großen Schritt weiter, einen Schritt, der es unserem Land und damit den in unserem Land lebenden Menschen lediglich noch gestattet, sich dem nicht langanhaltenden Glücksgefühl beim Rausch des freien Falls hinzugeben. Und ich frage: Was tut diese Landesregierung? Wer etwa von Gegensteuern spricht, der hat weit gefehlt. Diese Regierung mit Herrn Rau und der Verantwortung für Wissenschaft und Forschung bei Frau Brunn betuppt die Menschen in unserem Land. Sie betuppt sie mit dilatorischen Formelkompromissen; das heißt auf gut deutsch nichts anderes als: mit inhaltlichem Geschwätz.

Ich höre hier den ganzen Vormittag etwas von der ökonomischen und der ökologischen Erneuerung des Landes. Ich frage Sie jetzt ganz konkret: Wo findet diese statt? Mit welchen Zielsetzungen? Und wo sind die Prioritäten?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, dort, wo etwas zur ökonomischen und zur ökologischen Erneuerung unseres Landes stattfindet, basiert es auf Eigeninitiative der in unserem Land lebenden Menschen. Ich höre immer etwas von dem Technologiepark Dortmund. Das sind aber nur einige wenige Leute; das ist die IHK, das ist Professor Jünemann, und da gibt es vielleicht noch einen oder zwei. Das sind die Initiatoren; es ist nicht diese Landesregierung!

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es handelt sich also wahrhaftig nicht um eine Feder, mit der sich die Landesregierung schmücken könnte.

(Zurufe von der SPD)

Sie betuppen die Menschen in unserem Land mit mittlerweile unerträglich gewordener Verbalakrobatik!

"Kein Hochschulstandort wird aufgegeben." Jeder gutwillige - oder muß ich in diesem Zusammenhang sagen: dumme? - Mensch meinte: Keine Hochschule wird geschlossen. Ergebnis: Hagen ist - siehe Mehrheitsverhältnisse hier im Hause - bereits heute dicht. Höxter, Minden und Iserlohn sind im Würgegriff. Nach einer durch Sie, Frau Brunn, zu verantwortenden Agonie folgt - so meine Prophezeiung - 1992 konsequenterweise der Exitus.

Verbalakrobatik gibt es auch bei der Philosophischen Fakultät in Aachen. Stück für Stück - nie direkt gesagt, immer vernebelnd formuliert - heißt Ihre Strategie, Frau Brunn: Ich dörre aus; gestorben wird von allein.

(D)

Sie betuppen die Menschen durch den Aufbau Potemkinscher Dörfer.

(Zurufe von der SPD)

- Lesen Sie es einmal im Lexikon nach! Ich muß hier ja eine Formulierung finden, die mir Ordnungsrufe erspart. Ich könnte auch permanent von "betrügen" besprechen; aber dann kriegte ich einen Ordnungsruf.

Durch den Aufbau Potemkinscher Dörfer betuppen Sie die Menschen. Ich nenne Beispiele: Kulturwissenschaftliches Institut, Institut für Arbeit und Technik, Wissenschaftszentrum. Das sind große, wohlklingende Namen - große Fassaden, nichts dahinter. Das Ganze auf Kosten der vorhandenen, wesentlich besser, wesentlich sinnvoller nutzbaren Substanz unserer Hochschu-

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) len! Es sind Renommierobjekte, die aus dem Fleisch unserer Hochschulen geschnitten werden. Unsere Hochschulen werden zur Ader gelassen - zur Ader gelassen für Ihre stümperhaften Versuche, Ihre eigene Orientierungslosigkeit zu kaschieren!

(Beifall bei der CDU)

Sie betuppen die Menschen in unserem Land mit beinahe in gebetsmühlenhafter Manier sich ständig wiederholenden Schuldzuweisungen nach Bonn.

(Blumenberg (SPD): Da müßte man Schmerzensgeld kriegen!)

Nicht Bonn, nicht die Bundesregierung, sondern Sie selbst sind dafür verantwortlich, Ihre selbstgeschaffenen Leiden zu kurieren. Im Sinne der Wahrheit im Umgang miteinander müßten gerade Sie in bezug auf Bonn sich tiefschämend eingestehen und den Menschen in unserem Lande deutlich sagen, daß unsere Bundesregierung für unseren Wissenschaftshaushalt in Nordrhein-Westfalen zig Millionen Mark bereitstehen hat, die Sie, Frau Brunn, nicht abrufen.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Und warum rufen Sie sie nicht ab? Weil Sie nicht in der Lage sind, die erforderlichen Komplementärmittel einzusetzen! Mit Ihrem ständigen Gezeter in Richtung Bonn, verehrte Landesregierung, präsentieren Sie sich als anfaßbares Beispiel eines physikalisch nicht erklärbaren Phänomens.

(B)

(Zurufe von der SPD: Was ist das denn?)

Wir kannten bisher in der Physik nur drei Aggregatzustände. Der erste heißt "fest", der zweite "flüssig", der dritte "gasförmig". Sie selbst sind ein Beispiel dafür, daß zwischen dem zweiten und dem dritten ein weiterer Aggregatzustand eingeführt wird,

(Erregte Zurufe von der SPD - Unruhe)

nämlich "überflüssig"! Das ist der Aggregatzustand der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Henning und Dr. Dammeyer (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe - Unruhe)

Sie betuppen die Menschen in Nordrhein-Westfalen mit Ihrer Ankündigung, die forschungspolitische Offensive werde fortgesetzt.

(C)

(Dr. Dammeyer (SPD): "Betuppen", was ist denn das? - Weitere Zurufe)

Und was tun Sie konkret?

(Zurufe von der SPD: Betuppen!?)

Im Bereich der Beihilfen zur Förderung der Einzelforschung - das ist die reine Projektförderung, der Bereich also, in dem die eingesetzten Mittel zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften und der Naturwissenschaften bestimmt sind -, der Gesellschaftswissenschaften und des Schutzes der menschlichen Arbeitskraft, gerade in diesen innovationsträchtigen Bereichen sehen die Zahlen so aus:

Von 1980 bis 1988 Rückgang von 30 Millionen auf 12 Millionen DM, d. h. Rückgang um 60 Prozent! - Da hilft es auch nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, durch die Zufließvermerke, denen wir grundsätzlich zustimmen und die wir prinzipiell begrüßen, kosmetische Nachbesserungen vornehmen zu lassen.

Man mache sich doch einmal klar, was dies im einzelnen bedeutet. Es bedeutet im Klartext: Nichts Neues geht mehr. Gerade so eben können noch zugesagte Projekte weitergeführt werden; ansonsten: Rien ne va plus!

(D)

(Henning (SPD): Donnerwetter, Italienisch auch noch!)

Auch hier wird von dieser Landesregierung - wie in allen Politikbereichen - nichts anderes als heiße Luft produziert. Ich muß wirklich sagen, es ist schade, daß die immensen Mengen dieser heißen Luft nicht energietechnisch nutzbar gemacht werden können. Ich glaube, wenn das möglich wäre, wären wir unsere Energieprobleme für das nächste Jahrhundert los!

(Zurufe von der SPD: Das ist betuppt, was Sie da machen! - Weitere Zurufe)

Sie betuppen die Menschen in unserem Lande, indem Sie die Graduiertenförderung drastisch auf knapp 74 Prozent des Ansatzes senken. Somit kann auch hier Laufendes gerade fortgeführt werden, kann Neues nur zur Hälfte begonnen werden. Bezeichnen Sie denn wirklich derartige Aktivitäten als "zum Wohle unseres Landes", Herr Ministerpräsident, Frau Wissenschaftsministerin?

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) Und Sie betuppen die Menschen in unserem Lande,

(Zurufe von der SPD: Tupp, tupp!
- Unruhe)

indem Sie nach der Devise handeln: Glaub keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!

(Wendzinski (SPD): Das Wort "gefälscht" sollten Sie zurücknehmen!)

Beispiel: Als unermeßliche Anstrengung der Regierung Rau wird verkauft, daß die Titelgruppe 94 - also: Forschung und Lehre - insgesamt ein Plus von 4,8 Millionen DM zu verzeichnen hat. Für die Forschung ist man also über sich selbst hinausgewachsen - Sollstatistik dieser Landesregierung! Wahrheit ist: Durch die Ausgaben Sperre 1985 bedingt, durch geschickte Etatisierung von 2 Millionen DM für die Fachhochschulen in der Titelgruppe 94 und - drittens - durch Verrechnung von an die Universitäten durch den Kultusminister abgeordneten Lehrern ist zunächst ein Einbruch - ich betone: Einbruch - von über 6,6 Millionen DM zu verzeichnen. Das ist das Faktum, das ist die Realität! Ihr Zahlenbeispiel ist somit unlauter, ist schön.

Diese Regierung - vielleicht einmal anders formuliert - benutzt somit Statistik wie einen Laternenpfahl, aber nicht, um sich von dem Licht darüber erleuchten zu lassen, sondern nur, um sich wie ein schwer Angeheiterter daran festzuklammern.

(B)

(Dr. Dammeyer (SPD): Das ist eine ungeheuer frei abgelesene Rede!)

Darüber hinaus werden von dieser Regierung diese 2 Millionen DM noch ein zweites Mal verkauft: erstens - wie schon gesagt - zur Statistikschrönung, und zweitens als besondere Leistung.

Im übrigen, Frau Brunn: Lothar Späth hat für die Fachhochschulen nicht 2 Millionen DM zusätzlich bereitgestellt, sondern - über fünf Jahre verteilt - 60 Millionen DM, in Worten: sechzig Millionen! Das macht 12 Millionen DM pro Jahr, das Sechsfache also. Das ist doch was, oder?

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Sie, Herr Rau und Frau Brunn, betuppen uns alle - Sie betuppen uns alle, indem Sie ständig versuchen, originäre Aufgaben Ihrer Regierung als besonders hervorzuhebende Leistung zu verkaufen. Ein Beispiel, über das

wir in anderem Zusammenhang schon geredet haben: das sagenumwobene ZIM, Zukunftsinitiative Montanregionen. Da steht doch wahrhaftig in der Programmbeschreibung: Gelder sollen eingesetzt werden, um - ich bitte, jetzt genau aufzupassen - technologisch relevante Infrastruktur zum Beispiel zur Verbesserung der Möglichkeit der Einwerbung von Drittmitteln bzw. zur Verbesserung der Grundausstattung an unseren Hochschulen zu erhalten. - Ganz toll, nur: Das sind an sich Ihre Hausaufgaben, Frau Brunn. Das ist etwas, was Sie sowieso zu tun haben; das ist nichts Besonderes, nichts Extraordinäres. Ich muß schon sagen: Unglaublich, so ein Verhalten! Sie tun nicht genug, dann lassen Sie etwas ankündigen und dieses dann auch noch als besondere Leistung deklarieren. Das hält man wirklich im Kopf nicht aus.

(C)

Und das ist Betuppen: Was Sie hier praktizieren, ist doch in etwa genauso, als wenn ich total faul wäre und dann groß verkünde: "Jetzt mache ich einmal was ganz Besonderes, was überaus Wirksames, um meine Leistung zu erhöhen. Ich werde in Zukunft zu den Plenartagen nach Düsseldorf fahren." Es gehört doch zu meinen Aufgaben, das zu machen. - Das ist das, was Sie tun, und das ist Betuppen. Wenn ich das alles Revue passieren lasse, dann fällt mir nur ein Spruch ein: Hier wird der Wahnsinn zur Methode.

Und Sie betuppen weiterhin die Menschen in unserem Lande, indem Sie sich mit fremden Federn schmücken. Beispiel: Drittmittelinwerbung. Da lese ich doch von Ihrer Pressestelle, daß die Erhöhung der Drittmittelinwerbung an unseren Hochschulen an Ihrer überaus guten Politik liege. Da kann ich nur sagen: dreimal kurz gelacht. Dieses liegt, meine Damen und Herren, an den - trotz dieser Landesregierung - guten Leistungen unserer Hochschullehrer, an den - trotz dieser Landesregierung - guten Leistungen unserer Hochschulen.

(D)

Ich möchte mich an dieser Stelle für meine Fraktion klar und deutlich bei unseren Hochschulen dafür ausdrücklich und recht herzlich bedanken. Bei dieser Regierung so eine Leistung zu bringen, ist schon eine beachtenswerte Sache.

Abschließend lassen Sie mich ein Vorletztes sagen.

(Lachen bei der SPD)

Es gibt manche, die hinterlassen bei ihrem Weggang eine Lücke, die sie selbst voll ersetzt. Diese Landesregierung gehört zweifelsohne dazu. Der vorliegende Haushalts-

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) planentwurf 1988 ist genau wie diese Landesregierung orientierungslos, perspektivlos, unbeweglich. Kurzum, er kann, genau wie diese Landesregierung, nur abgelehnt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kniola, ich erteile Ihnen das Wort für die Fraktion der SPD.

Kniola (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Rede war ja sehr interessant und amüsant. Sie hatte nur einen Fehler: sie kommt einen Monat und vier Tage zu spät; dann wäre sie nämlich zum Datum passender gewesen.

Herr Kollege Posdorf hat hier als Vertreter von Tupperware von nur drei Aggregatzuständen der Materie gesprochen. Somit hat er uns durch sein Zahlenbeispiel, das er hier geliefert hat, nicht nur gezeigt, daß er ein schlechter Mathematiker ist, sondern er hat auch bewiesen, daß er sogar als Physiker ein Versager ist, denn die Materie hat bekanntlich vier Aggregatzustände; das Plasma gehört als vierter Aggregatzustand dazu. Das sollten Sie als Hochschulprofessor mindestens im Ansatz wissen, zumal der Wahlkreis, den Sie hier über Listenplatz 63 vertreten, ausgerechnet der Wahlkreis ist, in dem die Plasmaphysik in diesem Lande zu Hause ist.

- (B) (Lachen bei der SPD - Dr. Posdorf (CDU): Ich habe von der klassischen Physik geredet!)

Bei Ihrer Verbalakrobatik, die Sie hier geleistet haben, haben Sie ein völlig unpassendes Beispiel herausgegriffen, nämlich den Technologiepark in Dortmund. Ohne den erheblichen Einsatz öffentlicher Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen, und zwar aus dem Wirtschaftshaushalt - -

(Schauerte (CDU): Wieviel war das denn?)

Über 4 Millionen für die erste Baustufe,

(Schauerte (CDU): Gut, daß wir das jetzt hören!)

und die zweite Baustufe ist aus Mitteln des regionalen Wirtschaftsfonds finanziert worden! Das ist ja kein Geheimnis, das steht in den Haushaltsplänen. Sie müssen sich nur darum kümmern.

Wenn man weiß, daß auch einzelne Firmen, die dort sind, im Rahmen der Technologiepro-

gramme ebenfalls gefördert werden - das ist ja ein ganz normaler Vorgang, daß das geschieht -, dann erkennt man, daß das, was Sie hier in bezug auf diese Einrichtung gesagt haben, wirklich nichts anderes als verbaler Nonsens ist, nicht einmal Akrobatik, Herr Kollege Posdorf. (C)

(Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Ich will nun zu einigen Punkten etwas sagen, die auch in dem Entschließungsantrag angesprochen sind, und zwar zunächst zum Bereich der Forschungsmittel. Sie beklagen, daß wir hier eine prozentuale Rückführung vorgenommen haben. Nur ist das, was wir hier im Lande Nordrhein-Westfalen als Einzelforschungsförderung des Landes gehabt haben - ich kenne mich inzwischen ein bißchen in der Mathematik aus; ich will ja mit Ihnen mithalten -, unendlich viel Prozente mehr als die Summe aller übrigen Bundesländer; denn die haben nichts in ihren Haushalten! Wenn Sie das so sehr beklagen, dann würde ich gerne wissen wollen, wie Sie denn als Regierungsverantwortliche in anderen Bundesländern dort diesen Tatbestand behandeln.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Kniola (SPD): Ich will erst diesen Gedankengang zu Ende führen!)

- Bitte schön!

Kniola (SPD): Dann muß ich dazu noch etwas anderes sagen. Wir haben ganz bewußt Wert auf den Zufließvermerk gelegt. Wir sind eigentlich guter Hoffnung, daß wir die 1987 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 17 Millionen DM im Hauptansatz durch dieses Zufließen von Mitteln wieder erreichen können, so daß sich faktisch dort keine Mittelkürzung ergeben wird. Ich denke, das ist ein gemeinsames Bemühen, das wir auch im Interesse der Sache weiterverfolgen sollten. - Bitte sehr. (D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Posdorf, bitte schön!

Dr. Posdorf (CDU): Herr Kollege Kniola, würden Sie mir recht geben - da Sie gerade gesagt haben, daß ich ein dummer Mathematiker wäre -, wenn ich sage, daß den Begriff "unendlich" zu kennen auch nichts Besonderes von Ihnen ist?

Kniola (SPD): Ich würde niemals einen Menschen als dumm kritisieren, selbst Sie nicht.

(Kniola (SPD))

- (A) Dann wird von Ihnen behauptet und unterstellt, daß die Mittel für Großgeräte, die in dem Antrag ebenfalls angesprochen worden sind, zurückgefahren würden. Dazu muß ich ganz klar und deutlich sagen: Wenn man sich ansieht, wie die Mittelentwicklung in diesem Haushaltstitel ist, dann kann man nur feststellen, daß wir gerade in diesem Titel eine erhebliche Steigerung haben. Vor allen Dingen haben wir hier - und ich glaube, das ist ein Ergebnis unserer gemeinsamen Bemühungen im Wissenschaftsausschuß - eine deutliche Veränderung gegenüber ursprünglichen Absichten der mittelfristigen Finanzplanung, die ein Absenken auf 38 Millionen DM vorsahen.

Wir haben jetzt dank unserer gemeinsamen Bemühungen 62 Millionen DM als Ansatz für Großgeräte, und ich halte es für wichtig, daß das mindestens in dieser Größenordnung weiter fortgeschrieben wird. Denn wir wissen, daß dort erheblicher Bedarf ist, der

(Dr. Fischer (CDU): Es ist immer noch zu wenig!)

zugegebenermaßen größer ist - in jedem Bundesland -, als er befriedigt werden kann. Auch das ist, glaube ich, unter Fachleuten eine unstrittige Tatsache.

- (B) Es wird - auch in der öffentlichen Diskussion - immer wieder unterstellt, daß es bei den Mitteln für Wissenschaft und Forschung einen Rückgang gebe. Das ist einfach nicht der Fall. Wenn man sich die Daten des Haushalts ansieht, kann man feststellen, daß wir in den letzten zwei Jahren bei den Ausgaben eine Steigerung um 286 Millionen DM gehabt haben. Ich denke, daß das eine Leistung auch dieses Landes ist.

Aber all das sind im Verhältnis zu dem zentralen Vorwurf nur Marginalien. Der zentrale Vorwurf, der auch von Herrn Dr. Rohde in seiner Eingangsrede vorgetragen wurde, lautet: Das, was an Chancen im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulpolitik da ist, wird nicht genutzt, um dieses Land ökonomisch und ökologisch zu erneuern. Das ist der zentrale Vorwurf.

(Widerspruch des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

- Doch, so haben Sie es ausgedrückt.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Nein, nein!)

Da muß ich Ihnen ganz klar und deutlich sagen: Dieser Vorwurf ist für diesen Bereich,

nämlich für die Wissenschafts- und Hochschulpolitik, absolut unzutreffend. (C)

(Dr. Rohde (F.D.P.): Sie zitieren falsch!)

Wir haben drei Instrumente, die wir im Moment dort einsetzen. Das ist einmal das Instrument der Personalumwidmungen aus unseren Töpfen. Ich habe da noch Herrn Dr. Heimes und Herrn Dr. Rödding vor Augen, wie sie damals diesen Schwier-Plan vehement als den Untergang der Hochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen bekämpft haben. Jetzt sind wir alle gemeinsam froh, daß wir mit einer damals schmerzlichen Maßnahme, die sich aber inzwischen als absolut richtig und notwendig herausgestellt hat, Freiräume für Umwidmungen geschaffen haben. 395 Stellen! Ich will nur einmal einiges von dem, was wir machen, aufzählen:

Diskrete Mathematik, eine IBM-Kooperation, in Bonn, die künstliche Intelligenz in Dortmund, Informatikausbau in Paderborn, Hagen und Aachen, Fermentationstechnik in Bielefeld, wir bauen die Neuro-Informatik in Bochum und in Düsseldorf aus, wir bauen das Keramikinstitut in Aachen aus, wir bauen den hochauflösenden Fernseher in Dortmund auf, wir bauen in Dortmund die Logistik und die Robotik im Weltraum aus, die Laser-Medizin in Düsseldorf, die Halbleitertechnologie in Duisburg, das Weltraumrecht in Köln, die chemischen Sensoren in Münster, die CAD-Datenbank in Siegen, die Biochemie an der Fachhochschule Aachen, die Restaurierung von Kulturgut an der Fachhochschule Köln, die Lebensmitteltechnologie an der Fachhochschule Lippe. (D)

Das sind nur wenige Beispiele aus dem Katalog dieses Jahres. Wenn ich die 395 Stellen der gesamten vier Jahre addiere, dann werden Sie sehen, daß wir damit eine Vielzahl von Anregungen in wichtigen Bereichen - Umwelttechnologie, Neue Technologien - gegeben

(Zuruf des Abg. Dr. Fischer (CDU))

und sie zielgerichtet für Umwidmungen eingesetzt haben. - Auf Ihren Zwischenruf will ich klar und deutlich sagen: Wer umwidmen will - und nur das können wir, und dazu bekenne ich mich ausdrücklich -,

(Dr. Fischer (CDU): Das ist doch nicht zusätzlich!)

der muß auch an anderen Stellen etwas wegnehmen. Wer die ökonomische und ökologische Erneuerung des Landes mit Hilfe der Hoch-

(Kniola (SPD))

- (A) schulen will, muß auch alte, überholte Strukturen abschneiden und sagen, daß sie zu Ende kommen müssen. Das muß unter uns unstrittig sein, sonst - -

(Zuruf von der F.D.P.)

Ich freue mich, wenn Sie von der F.D.P. dem zustimmen. Ich hatte den Eindruck, der Kollege von der CDU hatte es noch nicht begriffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

- Der Kollege, der dort gefragt hat!

Das zweite Instrument, das wir haben, ist das Technologieprogramm. Wir haben im Rahmen des Technologieprogramms, das ja verschiedene Haushalte umfaßt, Raten von jeweils 40 Millionen DM für den Einzelplan 06, den Wissenschaftshaushalt, gehabt. Der Ministerpräsident hat in seiner Rede schon eine Fülle von Beispielen von neuen Instituten, die mit Hilfe des Technologieprogramms gefördert worden sind, genannt. Das Beispiel Biotechnologie in Jülich ist ja das eklatante Beispiel dafür - und wir könnten die Robotik im Weltraum genauso anführen -, wie wir uns mühsam gegen den Bund mit eigenen Landesmitteln anstrengen müssen, etwas zu erreichen, was fachlich eigentlich hier zu Hause ist, was aber aus politischen Erwägungen in andere Bundesländer geschoben wird.

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kniola, darf ich Sie einmal unterbrechen?

Kniola (SPD): Einen Moment! - Ich will aus diesem Bereich nur ergänzen: das Netz der landesweiten Technologie-Transferstellen, das ebenfalls aus diesem Programm ausgebaut worden ist. - Bitte!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Posdorf, bitte schön!

Dr. Posdorf (CDU): Herr Kollege Kniola, geben Sie mir recht, daß es wirklich nicht viel Sinn macht, gegenseitig Highlights oder Niederungen aufzuzeigen und dagegenzuhalten, sondern daß, wenn die Forschungs- und Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen zielorientiert und zukunftsorientiert weitergeführt werden soll, wir diese Dinge nur in einem allumfassenden Gesamtkonzept machen können und nur dann entscheiden können, was sinnvoll ist, vorher aber nicht?

Kniola (SPD): Herr Kollege, ich gebe Ihnen recht, daß wir gemeinsam, Wissenschaftsausschuß und vor allen Dingen Landesregierung - - Die Landesregierung hat ja seit Juli

ihren ersten Teilbereich einer solchen allumfassenden Strukturplanung vorgelegt und wird sie weiter ergänzen. Das ist doch völlig unstrittig. Die Vorgehensweisen sind doch mit den Hochschulen abgesprochen, wie welche Bereiche in welchen Zeiträumen behandelt werden. (C)

(Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

- Die Verfahren sind mit den Hochschulen abgesprochen, in welchen Zeiträumen wann welche Teilbereiche behandelt werden.

(Zurufe von der CDU)

Das ist völlig unstrittig.

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich werde jetzt keine Zwischenfrage von Ihnen mehr zulassen.

Dieses wird am Ende, wenn wir im Frühjahr, im Frühsommer, das zu behandeln haben, sicherlich zu einer gesamtumfassenden Strukturplanung zusammenzufassen sein. Da gebe ich Ihnen recht. Aber auch diese Strukturplanung - genau das hätte ich jetzt als drittes Element aufgeführt; es ist nämlich ein Teil der ökonomischen und ökologischen Erneuerung - wird nicht ohne schmerzhaftes Eingriffe gehen. Ich sage das noch einmal klar und deutlich:

Wir sind in unserer gegenwärtigen Situation auf Umwidmungen angewiesen. Wer etwas anderes sagt, handelt aus meiner Sicht gegenüber den Betroffenen draußen in der interessierten Öffentlichkeit unredlich. Und wer nur über Zuwächse redet, der sagt der interessierten Öffentlichkeit nicht die ganze Wahrheit. Man kann nicht unendlich Prioritäten aneinanderreihen, man muß in einem solchen Zusammenhang auch einmal klar und deutlich Posterioritäten aussprechen! (D)

Wir kennen uns aus dem Ausschuß ja zur Genüge. Ich meine zu wissen, daß wir am Ende insgesamt zu vernünftigen Überlegungen gerade in dem schwierigen Feld der Strukturkonzepte kommen werden und daß - so hoffe ich wenigstens - jeder nicht nur auf seinen Kirchturm schaut, sondern auch bereit ist, die Interessen des Landes insgesamt zu sehen.

Als letztes lassen Sie mich ganz kurz das Programm Zukunftsinitiative Montanregionen ansprechen. In den 150 Projekten, die als vorrangig gesehen werden, gibt es eine Fülle, die einen engen Bezug zum Bereich der Hochschulen oder der Forschung haben. Ich

(Kniola (SPD))

- (A) erspare es mir, einige aufzuzählen. Ich bin ganz sicher - ich sage das ganz ernst und ohne jede Polemik -, daß wir - Herr Kollege Schultz-Tornau, wenn Sie ein Momentchen zuhören; ich wollte gerade die Bonner Regierungsfraktion ansprechen -

(Zuruf des Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.))

gerade in dem Feld, was Forschung und Hochschulen angeht, auch von seiten des Bundes eine breite Unterstützung haben werden. Ich weiß von einer Reihe von Projekten, für die heute schon feststeht, daß sich der Bund beteiligen wird. Ich denke, wir sollten gemeinsam versuchen, diese wie auch andere Projekte, die außerhalb dieses Bereichs liegen, in die Bundesfinanzierung einzubringen. Ich würde mich freuen, wenn wir im Ausschuß an der Sache orientiert positiv gemeinsam weiter beraten würden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Schultz-Tornau für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kniola hat gerade einige Reizpunkte genannt, zu denen ich gleich völlig unbefangen in die Diskussion einsteigen kann. Sie haben uns gefragt, was wir im Kern eigentlich kritisieren. - Nicht all die schönen Dinge, die es an unseren Hochschulen gibt - die wollen wir nicht bestreiten, sondern sie sind Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Gerade weil wir wissen, was alles in Nordrhein-Westfalen erforscht und manchmal unter schwierigen, zum Teil sogar unter unzulänglichen Bedingungen geleistet wird, meinen wir, es müßte in diesen Bereich Priorität hineingegeben werden, um die Zukunftschancen unserer Hochschulen auch wirklich zu erhalten.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Das ist einer unserer Punkte. Deswegen sagen wir auch: Es darf nicht nur umgewidmet, nicht nur umgeschichtet werden. Nordrhein-Westfalen wird seine Zukunft nur dann bewältigen, wenn der Bereich Wissenschaft insgesamt gegenüber anderen Politikbereichen Vorrangigkeit bekommt.

(Erneut Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wir haben unter anderem auch deshalb gesagt, wir gäben der Landesregierung diesen

Haushaltswurf zurück, weil wir darin eine Vorrangigkeits- und Nachrangigkeitspolitik nicht erkennen können. Der Herr Ministerpräsident hat vor einigen Stunden das Gegenteil behauptet, nämlich das sei ein Haushalt, der nach Vorrangigkeiten und Nachrangigkeiten genau strukturiert sei. Dem möchte ich in Abwandlung des Marquis Posa entgegenhalten: Geben Sie mir eine Lupe, Sire; wir können solche Politik der Vorrangigkeiten leider nicht erkennen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Herr Kniola, gehen wir gleich weiter auf das Thema ZIM. Wir werden uns diesen Katalog sehr sorgfältig ansehen. Von manchem, das wir sehen, sagen wir: Das ist vernünftig. Wir werden jedes Einzelprojekt für sich betrachten, und ich gebe Ihnen das Versprechen: Für die Projekte, die wir für vernünftig halten, werden wir uns in Bonn mit unseren Möglichkeiten, die wir dort haben, einsetzen, um für Nordrhein-Westfalen etwas zu erreichen. Das ist für uns auch kein neuer Punkt. Mehrfach hat Herr Dr. Rohde hier in diesem Hause schon gesagt, genau das sei ein Weg, den Bund zu sinnvollen Hilfen zu bewegen, indem man sich fragt, welche Projekte im Bereich Wissenschaft und Forschung unser Land voranbringen können, abstimbar mit dem Bund sind, um dann den Bund zu veranlassen, dort für Nordrhein-Westfalen Benachteiligungen abzubauen und zusätzliche Gelder hineinzugeben.

Wir sagen aber - und dazu sind wir über dieses ganze Jahr schon in der Kritik -, daß wir genau das Konzept, das man braucht, um insgesamt gerade auch das zu leisten, was Sie erwähnt haben, nämlich Hochschulen in Einzelfällen tiefe Einschnitte zuzumuten - auch das tragen wir mit -, nur dann mittragen können, wenn die Methode, das System, in dem die Struktur der Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalens verändert wird, stimmt. Wir können in dem 93-Seiten-Papier, wie es inzwischen im Lande spöttisch genannt wird, um anzudeuten, daß es um Quantitäten und nicht um Qualitäten in diesem Papier geht, keine vernünftige Methode für die Umgestaltung der Hochschulentwicklung erkennen.

(Zustimmung bei der CDU)

Und wenn Sie sagen, das sei mit den Hochschulen abgestimmt - -

(Kniola (SPD): Nein, es wird abgestimmt!)

- Es wird abgestimmt! Ja, das kommt der Wahrheit nun wirklich schon sehr viel näher;

(C)

(D)

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) denn den Hochschulen ist das übergestülpt worden. Am 14. Juli haben sie erfahren, daß Teilbereiche angesprochen und daß andere Bereiche, die logisch damit verknüpft werden müßten, ausgespart werden. Ich kann nicht zu einem Bereich Geisteswissenschaften konkrete Aussagen treffen, zu einem Bereich Fachhochschulen Aussagen treffen und im übrigen Naturwissenschaften und Technik im nächsten Jahr erledigen. Das ist kein vernünftiges Konzept, das auf Interdisziplinarität der Bereiche Rücksicht nimmt.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie werden keine Hochschule finden, in der nicht auch gesagt wird: Mein Gott, wir wären ja bereit, über Neuentwicklungen nachzudenken, wenn wir insgesamt nur erkennen könnten, wie es denn mit unserer Hochschule und mit den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen insgesamt weitergehen soll.

Das ist das Problem, das in diesem Papier leider überhaupt nicht gelöst ist. Herr Büssow hat heute morgen davon gesprochen - das ist auch schon wieder einige Stunden her -, die F.D.P. handle beliebig und sei nur in der Beliebigkeit stetig. Bei der Landesregierung gilt das Gegenteil: Sie ist in der Stetigkeit beliebig. Stetig hören wir hier nämlich, es gehe um die ökologische und ökonomische Erneuerung unseres Landes. Da ist wirklich Stetigkeit vorhanden. Aber die Umsetzung ist außerordentlich beliebig, weil hier jeder Minister tut, was er selber für richtig hält. Und da der andere Minister ihn dann wieder blockiert, geschieht eben letztlich gar nichts. Das ist ein Koordinationsproblem der Landesregierung.

(B)

Wie ist denn ZIM in das eingebaut, was Sie als Perspektivpapier vorgelegt haben? Diese Einzelprojekte und die Verknüpfung mit den Perspektiven unserer Hochschulentwicklung sind für den Außenstehenden überhaupt nicht erkennbar.

Das ist die Frage: Wie kommt der Wirtschaftsminister zu seinen Einzelprojekten, und wie war der Wissenschaftsminister da einbezogen? Da können wir überhaupt keinen inneren Zusammenhang erkennen. Denn gleichzeitig mit den Einzelprojekten wird uns hier dieses Hochschulabbaugesetz - vor 14 Tagen oder einer Woche - vorgelegt. Schon das zeigt, wie widersprüchlich die Dinge gegeneinander laufen.

Genauso wenig abgestimmt - ich sage das, weil Herr Schwier noch so geruhsam hier sitzt - ist natürlich der Bereich zwischen der Wissenschaftsministerin und dem Kultusmini-

ster. Man darf sich doch nicht wundern, daß sich die Proteste häufen, wenn Sie für Aachen einen Abbau der Geisteswissenschaften vorsehen, wenn überall im Land Lehramtsstudiengänge abgebaut oder, wie es im Perspektivpapier so schön heißt, ausgedünnt werden und wir überhaupt nicht, nicht einmal ansatzweise, wissen, wie viele Lehrer wir künftig brauchen. Das ist doch ein Bereich, in dem wir ein fast ausschließliches Staatsmonopol haben.

(C)

Es ist doch ein Witz, wenn hier der Kultusminister und der Finanzminister sich in den Haaren liegen, nicht um wenige hundert, nicht um wenige tausend, sondern um mehrere zehntausend Lehrerstellen, und Sie gleichzeitig schon Aussagen darüber treffen, wo Studiengänge für Lehrer in Nordrhein-Westfalen an den Hochschulen angeboten werden sollen. Das paßt doch nicht zusammen. Die Aufgabe, sich im Landeskabinett über den Bedarf zu einigen, wäre logisch vorrangig vor Ihren Entscheidungen, die Sie in Ihrem Perspektivpapier vorlegen.

Das wirft noch einmal ein Problem auf - deswegen ist es richtig, das beim Haushalt des Ministerpräsidenten zu erörtern -: Wie versteht dieser Ministerpräsident eigentlich seine Koordinationsaufgabe? Welche Funktion sieht er für sich?

Denn ich habe den Eindruck, Ihr Kabinett leidet unter einem historischen Verwerfungssyndrom. Die Minister leben in einem Bewußtseinsstand, der die germanische Stammeswirklichkeit widerspiegelt. Sie führen sich auf wie Stammeshäuptlinge und - damit Frau Ridder-Melchers nicht protestiert - Herzoginnen, die vor ihren Heeren herziehen und mit Schilden und Keulen jeden Versuch eines fremden Stammeshäuptlings abwehren, in den eigenen Heerhaufen hineinzuwirken. Der Herr Rau dagegen, ein moderner Mensch - deshalb sprach ich von historischer Verwerfung -, lebt in dem Bewußtseinsstand eines Monarchen, der sich in einer parlamentarischen Demokratie voll verankert weiß. Alles, was im Kabinett geschieht, und sei es noch so widersprüchlich, geschieht im Namen des Königs. Der König herrscht, aber er regiert nicht.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Es wird höchste Zeit, daß diese historische Verwerfung im Interesse unseres Landes endlich beseitigt wird. Ich bestreite nicht, daß von einer chaotischen Ordnung oder, je nachdem, von einem geordneten Chaos ein gewisser Charme ausgehen kann. Mancher hier lächelt hintergründig, wenn gerade ich

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) das sage. Aber für die Regierungsfähigkeit unseres Landes ist das keine geeignete Grundlage.

Wir als Liberale setzen gegen diese Konzeptionslosigkeit der Landesregierung Wettbewerb, Wandel, Wachstum. Wir wollen eine Leistungsoffensive für Nordrhein-Westfalen.

Herr Dr. Büssow hat heute so spöttisch von unserem Landesparteitag gesprochen, von dem er offenbar außerordentlich wenig weiß - das werfe ich ihm nicht vor; aber man soll nicht über das reden, wovon man nichts weiß. Wenn er sich informiert hätte, dann hätte er festgestellt, daß wir außerordentlich engagiert nicht nur über die Energiepolitik, sondern auch über die Strukturpolitik unseres Landes gesprochen und dazu ein Papier verabschiedet haben, auf das wir stolz sind, weil es gerade im Wissenschaftsbereich moderne Antworten zu geben versucht.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Schultz-Tornau, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Büssow?

(Schultz-Tornau (F.D.P.)): Aha, er ist inzwischen sogar da, der Herr Dr. Büssow. Bitte!

- Bitte schön!

- (B) Büssow (SPD): Mein Name reicht. Promoviert bin ich noch nicht. - Herr Kollege, sehen Sie mir nach, daß ich mich auf die Presseberichterstattung über Ihren Parteitag stützen mußte? Ich habe das ja in der Rede korrigiert, als mir durch Zuruf versichert wurde, daß Sie länger diskutiert haben.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Ja. - Sehen Sie, mir ging es ja auch nur darum, unser Strukturpapier in diese Diskussion hineinzuziehen und Ihnen vielleicht Lust zu machen, darin nicht nur zu blättern, sondern es auch zu lesen. Ich werde es Ihnen selbstverständlich zur Verfügung stellen. Denn ich bin überzeugt, Sie können wertvolle Anregungen auch für Ihre Arbeit daraus entnehmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie sind ja, wie wir aus "Landtag intim" wissen, ein ganz wichtiger Multiplikator in Ihrer Fraktion. Ich wollte nicht von "ministrabel" reden; das erinnert mich immer so an "Ministrant".

Wir wollen den Hochschulen den Freiraum bewahren, ihr wissenschaftliches Profil selber zu erhalten. Wir wollen, daß sie selber über die Art und Weise ihres Technologietransfers

entscheiden. Wir wollen, daß sie über mehr Finanzen in eigener Disposition verfügen können. Denn gerade bei knappen Mitteln kann Flexibilität nur dann erreicht werden, wenn den Hochschulen selber die Möglichkeit gegeben wird, Mittel nach eigener Anschauung und eigener Beurteilungsfähigkeit - und die ist vor Ort immer besser als in Düsseldorf - einzusetzen und wenn sie diese Möglichkeit verstärkt gegenüber dem heutigen Zustand erhalten. Der Ministerialbeamte in Düsseldorf weiß es halt nicht besser als ein Rektorat oder ein Senat an irgendeiner unserer Hochschulen im Lande.

Die Redezeit ist beendet. Ich sehe mit Schrecken, daß das wohl auch für meinen Nachredner gilt. Aber dann will ich wenigstens pünktlich Schluß machen. - Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort der Frau Ministerin für Wissenschaft und Forschung. Bitte schön!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Kollege Schultz-Tornau, was für Sie gilt, gilt teilweise schon bei Beginn für mich. Ich habe nämlich nur ein paar Minuten. Aber ich möchte etwas zu dem sagen, was sie, gerade zuletzt, angesprochen haben.

Herr Schultz-Tornau, Sie machen den Eindruck, als wollten Sie einerseits mit waschen, aber sich andererseits die Hände nicht naß machen. Sie sagen, bei den Veränderungen der Hochschulen blickten Sie nicht mehr durch. Andererseits liegen Ihnen die Vorschläge auf dem Tisch. Machen Sie sich doch einmal die Mühe, sich mit der Diskussion zu beschäftigen und sich an der Diskussion inhaltlich zu beteiligen! Ich finde nämlich, darin ist genügend von dem enthalten, was hier heute eine Rolle spielt.

Wir haben zum Beispiel in unseren Perspektiven für die Hochschulentwicklung technologische Prioritäten genannt. Wenn Sie in das ZIM-Programm schauen, werden Sie feststellen, daß es genau diese sind, die in das Programm aufgenommen worden sind. Ich bin stolz darauf, daß die Hochschulen im "ZIM" sind. Keines dieser Projekte ist etwa ohne unsere Beteiligung hineingekommen, sondern selbstverständlich sind wir der Auffassung, daß es richtig ist, etwa das Fraunhofer-Institut in Dortmund nicht nur errichtet zu haben, sondern es auch auszubauen. Das ist

(Frau Minister Brunn)

- (A) nämlich ein Kernbereich, auf dem aufbauend sich der Technologiepark dort entwickeln kann. Ich finde es ebenfalls richtig, daß das entsprechende Projekt in Siegen enthalten ist; es ist zwischen uns, der Hochschule und der Industrie- und Handelskammer auf unseren Vorschlag hin entwickelt worden.

Ich finde es völlig falsch, daß Sie uns hier das "ZIM" zerreden wollen. Richtiger fände ich, die F.D.P. würde dazu beitragen, daß der Bund sich intensiv an diesem Programm beteiligt, damit wir es erweitern können, damit wir es hinreichend verstärken können

(Beifall bei der SPD)

- und auch die CDU sollte das tun -; denn ich bin der Auffassung, daß Wissenschaft und Forschung die entscheidenden Motoren für die Zukunftsentwicklung dieses Landes darstellen. Darum haben wir sie so ausgebaut, und darum werden wir sie auch weiter ausbauen. Darum schaffen wir unter größten Schwierigkeiten gerade in diesem Feld die Erneuerungsmaßnahmen, und darum haben wir auch diese Projekte, die sich sehen lassen können. Das finde ich gut und notwendig.

Ich will wegen der Zeit nicht alle Beispiele aufzählen. Ich meine nur: Wenn Sie von der Opposition einerseits diesen Ausbau irgendwo indirekt unterstützen wollen, dann müssen Sie andererseits auch klarstellen, daß ein Land, das eben nicht reich, sondern arm ist - und zwar unter anderem dank dieser Steuerpolitik aus Bonn -,

(B)

(Oh-Rufe bei der CDU - Zuruf von der CDU: Geht das schon wieder los!)

Prioritäten setzen muß. Wenn wir von Prioritätensetzung sprechen, müssen wir auch Posterioritäten setzen, und dann können wir nicht Bereiche beliebig aufrecht erhalten, die entweder nicht ausgelastet sind, nicht angenommen werden oder keine Zukunftschancen haben. Darum verbinden wir mit der Bereitschaft zum Ausbau die Bereitschaft zum Umbau und auch zu bitteren Reduzierungen in bestimmten anderen Feldern.

Wir haben das neulich in der Fragestunde am Beispiel Hagen fast eine Stunde lang exerziert. So schwer und so bitter es ist, meine ich: Wenn man zukunftsorientierte Forschungsfelder und Studiengänge neu ausbauen will, muß man auch sagen, daß bestimmte andere Studiengänge zugemacht werden müssen.

(Zustimmung des Abg. Kniola (SPD))

Anders kann eine solche Landesregierung und ein Land Nordrhein-Westfalen, wenn es glaubwürdig sein soll, nicht verfahren.

(C)

(Kniola (SPD): Sehr wahr!)

Daß die Betroffenen unter Umständen aktiv protestieren, ist ihr gutes Recht. Das ist selbstverständlich, und damit muß man sich konstruktiv auseinandersetzen. Sie können sicher sein, daß jede Kritik, jeder Vorwurf gehört und geprüft wird, um im Rahmen des Gesamtzusammenhangs zu einem Ergebnis gebracht zu werden. Aber ich wehre mich dagegen, daß Sie sich hierhin stellen und sagen, Sie wüßten es nicht. Irgendwann können Sie nicht mehr sagen, daß Sie es nicht wissen, sondern dann müssen Sie sagen, ob Sie dafür oder dagegen sind und wie Sie zu der Sache selbst stehen.

Ich jedenfalls bin der Auffassung, daß an den Hochschulen überhaupt nicht Resignation herrscht, wie hier von einigen Rednern behauptet worden ist. Ich stelle das genaue Gegenteil fest, und zwar sowohl in den technischen als auch in den geisteswissenschaftlichen Bereichen. Zur Technik ist hier schon einiges gesagt worden. Ich erinnere bezüglich der Geisteswissenschaften an die kleine Universität - Gesamthochschule - Siegen, die das einzige geisteswissenschaftliche Graduiertenkolleg in der Bundesrepublik auf die Beine gebracht hat. Sie wird international gelobt dafür, daß sie mit Motivation und Interesse eine Spezialität auf die Beine gestellt hat, die weltweit ihresgleichen sucht. Nehmen Sie doch so etwas, was in den Hochschulen passiert, einmal zur Kenntnis, statt daran herumzumäkeln und das, was unter Schwierigkeiten an Gutem entsteht, herunterzureden.

(D)

Ich sage das auch im Hinblick auf Ihre Kritik in Richtung auf den wissenschaftlichen Nachwuchs. Da wird gesagt, es geschähe nichts. Das Gegenteil ist richtig. Wir haben in Verabredung mit den Hochschulen unser eigenes Programm hierzu entwickelt, das immerhin schon seit drei Jahren läuft und dazu geführt hat, daß 100 neue Professuren in diesem Feld - wenn auch durch Umwidmung - eingerichtet werden konnten, was für die Hochschulen große Erleichterungen bedeutet.

Das ist eben auch in den Geisteswissenschaften und ebenfalls in den technischen Wissenschaften der Fall. Wie kommt Nordrhein-Westfalen zum Beispiel zu der ersten Professur für historische Friedensforschung? Durch dieses Programm! Jetzt kommt eine Böll-Forschungsstelle hinzu. Das sind alles Spezialitäten, Feinheiten von Wissenschaft und

(Frau Minister Brunn)

- (A) Forschung, die hier von denjenigen, die behaupten, da täte sich nichts, zur Kenntnis genommen werden müssen.

Ich lege Wert darauf, daß hier mit Selbstbewußtsein einerseits mit den wenigen Mitteln, die wir haben, sparsam umgegangen wird, daß nicht nur Prioritäten, sondern auch Posterioritäten gesetzt werden, daß wir aber andererseits auch das, was wir haben, pflegen und herausstellen; denn das ist unser stärkstes Pfund und unser bestes Unterpfand für die Erneuerung unseres Landes. Hier, meine ich, sollte die Opposition, die ja vielfach vor Ort durchaus konstruktiv ist, dieses einmal anerkennen, statt sich immer so aus der Diskussion herauszustehlen.

Da die Redezeit abgelaufen ist, mache ich hier einen Punkt. Es wird ja noch genügend Gelegenheit geben, das zu diskutieren.

{Beifall bei der SPD}

Vizepräsident Dr. Klose: Danke sehr!

Ich mache das Haus darauf aufmerksam, daß, ausgehend von der Vereinbarung im Ältestenrat, die Regierung ihre Redezeit jetzt etwas mehr als ausgeschöpft hat. Sie müßten sich also verständigen, was passieren soll.

Meine Damen und Herren, ich rufe als nächsten Redner Herrn Abg. Reul für die Fraktion der CDU auf.

- (B) Reul (CDU): Meine Damen, meine Herren! Wenn ich mir heute die Haushaltsberatungen anschau und ein bißchen auf mich wirken lasse, wie in diesen Tagen und auch heute wieder sehr intensiv über politische Kultur in diesem Lande geredet wird, dann, meine ich, müßten wir uns doch auch die Frage stellen: Ist eigentlich das, was wir hier miteinander oder auch gegeneinander tun, wirklich geeignet, die tatsächlichen Probleme dieses Landes zu lösen und ehrliche Antworten auch auf unangenehme Fragen zu geben?

Ich sage ganz ehrlich: Mancher Beitrag hat mich ein bißchen irritiert. Manchmal wurde - wenn ich etwa an Herrn Büssow denke - doch auch in einer sehr stark demagogischen Rede nicht mehr die Sache, sondern der einzelne Abgeordnete hier getroffen.

Der Ministerpräsident, dessen Haushalt wir jetzt diskutieren und der leider nicht anwesend ist, hat mit seinem Beitrag ange-mahnt, um die besten Argumente zu streiten. Ich habe mich während dieser Debatte daran erinnert, wie ich 1980 - das ist ja ein paar Jahre her - den Landtagswahlkampf als junger

Mensch, der sich politisch interessierte, erlebt habe. Die CDU hat damals von Verschuldung und von fehlenden Zukunftsperspektiven gesprochen, die ökonomische Erneuerung des Landes eingefordert und eine Kurskorrektur verlangt. (C)

Ich erinnere mich auch noch daran, daß in diesem Wahlkampf der Spitzenkandidat der CDU, Heinrich Köppler, starb. Kurz vor der Wahl mußte ein Wechsel stattfinden. Und jemand, der wie ich dann auch draußen in Wind und Wetter versuchte, mit Menschen über Politik zu diskutieren, war durch diesen Vorgang sehr verunsichert. Ich gestehe zu: Es war für mich 1980 auch insofern ein Wahlkampf, der ein wenig nachdenklich gemacht und mich verunsichert hat, weil wir die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß hatten. Die politische Diskussion ist mir gerade bei diesem Problem nicht leichtgefallen.

Dazu kam eine Wahlkampf-führung des Ministerpräsidenten Rau - dem ich das im übrigen gern auch selber gesagt hätte -, die mich wie viele andere junge Leute sehr nachdenklich gemacht hat. Ich habe nämlich damals mit Betroffenheit Anzeigen gesehen, in denen uns Kriegerwitwen als vor kriegerischen Auseinandersetzungen warnende Zeugen vorgeführt wurden. Mich hat das damals stark berührt und unsicher gemacht.

Herr Rau und die SPD haben dann die absolute Mehrheit gewonnen und damit auch die Chance erhalten, Politik zu gestalten, wie es Herr Rau heute gesagt hat: Wettbewerb der Argumente. Nur, damals wurde über Landespolitik überhaupt nicht diskutiert und gestritten. (D)

Sieben Jahre lang habe ich die Möglichkeit gehabt, Landespolitik zu beobachten, davon zwei Jahre jetzt auch hier im Landtag. Nun stelle ich sehr betroffen fest, daß das, was damals als Gefahr diskutiert worden ist, nämlich eine 100-Milliarden-DM-Verschuldung, so gut wie erreicht ist. Ich persönlich habe 1980 im Wahlkampf nicht geglaubt, daß aus dieser Fragestellung wirklich eine so dramatische Zukunftsfrage für unsere Entwicklung in Nordrhein-Westfalen werden würde. Ich habe mich damals auch von den Fragen anstecken lassen, die von der SPD mit dem Friedensthema eingebracht worden sind. Und heute ist die Realität: 17,5 Millionen DM Zinsen pro Tag! Heute ist die Realität, daß die Minister hier ans Podium treten und sagen: Gestaltung von Politik geht nicht mehr. Bei jeder wichtigen Aufgabe, die hier eingefordert wird, kommt die Aussage: Leider ist kein Geld mehr da.

(Reul (CDU))

- (A) Die ökonomische Erneuerung, die heute auch wieder von allen hier gefordert worden ist, hat letztlich nicht stattgefunden. Wenn selbst in den Kohle- und Stahldebatten der letzten Wochen wieder deutlich geworden ist, daß sich Entscheidendes nicht bewegt hat, und die WestLB - nun wirklich unverdächtig - sagt, daß hier ein anhaltender Wachstumsrückstand gegenüber dem übrigen Bundesgebiet festzustellen ist, dann nützt es meines Erachtens auch nichts, wenn der Ministerpräsident hier eine Liste aller kleinen Details aufzählt, die im Lande erledigt worden sind.

Meine Damen und Herren! Wenn es zutrifft, daß die ökonomische und ökologische Erneuerung ein Ziel ist, dann muß man doch auch die Frage stellen: Was wird denn dafür getan? Dann gehört dazu auch die Frage, was eigentlich für qualifizierte Erziehung und Bildung getan wird, was für Leistungsfähigkeit, Kreativität, Zukunftsoffenheit und Verantwortungsbewußtsein junger Menschen getan wird. Wird das eigentlich gefördert und gefordert? Muß nicht gerade dann, wenn wir in einer solchen Lage sind, heute mehr denn je das geistige Kapital der Menschen und insbesondere der jungen Generation in unserem Lande gefördert werden?

- (B) Wie sieht es mit diesem Teil von Zukunftspolitik denn aus? Ist Bildungspolitik im Lande Nordrhein-Westfalen überhaupt noch Zukunftspolitik? Denn wenn Bildungspolitik ein Teil der Strukturpolitik ist - und das scheint nicht bestritten zu sein -, wenn das also für die Standortentscheidungen von Unternehmungen bedeutsam ist, dann muß die jüngste Umfrage der Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalens doch erschrecken, weil einfach führende Manager der Wirtschaft das Bildungssystem Nordrhein-Westfalens nicht mehr mit positiven Zeichen versehen.

Ich denke, man darf es sich auch als jemand, der Vertreter der Opposition ist, nicht so einfach machen und das lediglich mit Schadenfreude zur Kenntnis nehmen. Es macht mir schon Sorge, daß unser Bildungssystem bei den Wirtschaftsmanagern einen so schlechten Ruf hat. Das Anliegen ist einfach viel zu wichtig, als daß Schadenfreude aufkommen könnte.

Wissen Sie, Herr Dr. Dammeyer, wenn selbst der Kultusminister mittlerweile einen Unterrichtsausfall von 11,5 Millionen Unterrichtsstunden im Schuljahr bestätigt, wenn regierungsamtlich bestätigt wird, daß in den 90er Jahren eine dramatische Unterrichtsversorgung stattfinden wird, wenn Bischöfe und Präses unserer Kirchen den Ministerpräsidenten in einem öffentlichen Brief auf-

fordern müssen, seiner Verfassungsverpflichtung auf Religionsunterricht nachzukommen, dann darf man doch wenigstens nachdenklich werden und einmal Fragen stellen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wenn dies heute eine Veranstaltung ist, bei der es wirklich um die Frage geht, wohin es eigentlich in diesem Lande gehen soll, dann müßte man meines Erachtens solche Fragen stellen und auch gemeinsam darüber nachdenken dürfen.

(Tschoeitsch (F.D.P.): Wir wollen aber auch Antworten!)

Wenn Sie heute keine Chance mehr sehen und Politik so diskutieren und darstellen, daß ein qualitativer Einstellungskorridor für junge Lehrer nicht mehr da ist, sondern Sie lediglich noch mit dem Pflasterkasten hinter der Entwicklung herlaufen, dann ist schon ein Umdenken erforderlich, und dann wäre es eigentlich auch an der Zeit, daß Sie einmal dem Anliegen, das die CDU-Landtagsfraktion seit drei Jahren hier vorträgt, nachkommen und mit dafür eintreten, daß diesem Trend entgegengesteuert wird.

Der Ministerpräsident hat eben gesagt, daß er, wenn er in Probleme mit finanziellen Mitteln käme, sich immer dafür entscheiden würde, eher Geld für Arbeitsplätze auszugeben. Für den Bereich der Schule - so kann ich nur sagen - scheint das nicht zuzutreffen.

Wenn es nur einen begrenzten Korridor für Unterrichtsversorgung gibt, damit wenigstens das Minimum gesichert werden kann, muß man auch darüber streiten, wohin die Lehrerinnen und Lehrer kommen sollen. Da hat mich persönlich sehr betroffen gemacht, daß bei den wenigen Neueinstellungen die wir haben, auch noch Neueinstellungen von der Sonderschule in die Gesamtschule umgeleitet werden. Sie wissen alle genauso gut wie ich, daß gerade unsere Sonderschulen ganz dramatische Probleme haben. Ich kann nur sagen: Jeder Besuch einer Sonderschule bestärkt mich erneut in der absoluten Gewißheit, daß man dringendst Lehrerinnen und Lehrer dafür zur Verfügung stellen muß.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es Kinder gibt, die im Nebenraum abgestellt werden, weil man nicht genug Lehrer hat, ist das keine menschliche Politik mehr. Es ist die Frage, ob es überhaupt noch Politik ist, was da passiert.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Reul (CDU))

- (A) Der Finanzminister schreibt dann in seinem Gutachten schlicht und einfach, aufgrund der Finanzmisere könne er eben nicht mehr Lehrerstellen zulassen. Die zwingenden Folgen müssen klar sein. Das sind nämlich auch größere Schulklassen. Folgen sind auch, daß kleine Schulen noch weniger Chancen in der Region haben. Das heißt, der Trend, kleine Schulen nicht mehr bestehen zu lassen, wird dann eben nicht nur durch ideologische Politik, sondern vor allen Dingen auch durch finanzpolitische Realität bestärkt. Das sind die Folgen, die die Menschen spüren werden.

Ich frage Sie von der SPD, von der Mehrheitsfraktion, und auch den Ministerpräsidenten - der Kultusminister hat das Problem erkannt; er kann sich nur nicht durchsetzen -: Glauben Sie eigentlich, daß mit solcher Politik Anstöße und Voraussetzungen für eine gute Zukunft in diesem Lande geleistet werden können? Glauben Sie denn eigentlich, daß aus einer solchen Bildungspolitik Kraft und Fähigkeiten für Erneuerung entstehen können? Wo bleibt denn eigentlich das tatsächliche politische Handeln und nicht nur das Reden von der Qualifizierungsoffensive? Ich habe große Sorgen, wohin sich das im Bildungsbereich entwickeln soll. Die Sorge teile ich mit dem Kultusminister, der das ja jetzt auch öffentlich formuliert hat.

- (B) Betroffen macht mich allerdings schon, wie diese Landesregierung und dieser Ministerpräsident seit sieben Jahren mit diesem Problem umgehen. Die Probleme sind alle nicht neu. Es ist dem Herrn Ministerpräsidenten tatsächlich immer wieder gelungen, von diesem Problem abzulenken und die Menschen mit anderen Themen, die sie bewegen, zu fesseln. Die Schwierigkeiten dieses Landes sind allerdings keinen Millimeter gelöst worden.

Die grundlegenden Probleme unseres Landes werden nicht angepackt. Sie werden auch nicht gelöst. Da wird über Krieg und Frieden, über Bundeszuständigkeiten diskutiert, aber den Menschen in diesem Lande wird überhaupt nicht geholfen.

Wenn der Ministerpräsident heute gesagt hat: "Sie kennen meine Politik, und ich bleibe dabei!", kann ich nur sagen: Ich habe gehofft, er würde umdenken, seine politischen Konzeptionen korrigieren und verändern. Wenn das Wirklichkeit würde, werden wir noch viele Jahre eine solche Politik erleben.

(Zurufe von der SPD)

1980 und 1985 haben Sie damit zwar Wahlen gewonnen. Das mag befriedigen. Der Ministerpräsident hat sich ja eben auch wieder darin

gesonnt, daß er zweimal gewonnen hat, und sogar mit absoluten Mehrheiten. Aber reicht das wirklich aus, wenn man hier verantwortlich Politik macht? Wir alle haben Verantwortung, die Regierung aber insbesondere, und der Ministerpräsident ganz besonders. Auch wenn er nicht hier ist, meine ich: Ich stelle mir die Frage - wenn ich in der Situation dieses Ministerpräsidenten mit der Vorgeschichte wäre -, ob ich das überhaupt noch verantworten könnte, was in diesem Lande passiert.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Wickel das Wort.

Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Politik und Personalpolitik im Schulbereich ist für uns ein weiteres Musterbeispiel für konzeptionslose und konturenlose Zukunftsvorsorge in diesem Lande, weil es keine ehrliche Bestandsaufnahme der bildungspolitischen Fakten im Schulbereich gab und gibt, weil angesichts immer wieder zurückgehaltener Informationen - 1980 beginnend mit dem Totschweigen des aufschlußreichen Gutachtens über die Schulentwicklung in NRW bis in die 90er Jahre die Projektgruppe Bildung und Region, Bonn/Konstanz -, die Kontrollmechanismen des Parlamentes und der gesellschaftlichen Gruppen durch die Landesregierung außer Kraft gesetzt wurden. Es ist wiederum in NRW nicht möglich gewesen, vor der schulpolitischen Krise, die jetzt einem Höhepunkt zutreibt, eine neue bildungspolitische Konzeption zu finden und die richtige Weichenstellung vorzunehmen. Statt dessen ist die Schulpolitik in NRW in die Räder ideologischer Kräfte und verschiedener Ministerien geraten. Das Gerangel zwischen Finanz- und Kultusminister läßt die offenen Fragen über die Zukunft unserer Schulen - damit auch über die Zukunft unserer Kinder - diffuser erscheinen als je zuvor.

Der zunehmende Druck unangenehmer Wahrheiten und die zutage tretende Entwicklung haben aus unserer Sicht zu einem Labyrinth von Widersprüchen geführt, in dem die Landesregierung hilflos herumirrt.

Zusätzlich geht die SPD-Mehrheitsfraktion hin und konzipiert die Hausaufgaben des Kultusministers. Auch nach über 20 Jahren SPD-Herrschaft glaube ich, daß es im Kultusministerium gute Fachleute gibt. Nicht deren Vorschlag für die Aufteilung der bis zu 633 Lehrerneueinstellungen wird übernommen, sondern Herr Kollege Dr. Dammeyer setzte

(C)

(D)

(Wickel (F.D.P.))

- (A) sich durch, setzte durch, daß weitere 100 Lehrer an die Gesamtschulen kommen und damit den anderen Schulformen entzogen werden. Sonst wurden im Haushalt keine schulpolitischen Schwerpunkte gesetzt, sieht man von den Zwängen der Nachqualifizierungen ab.

Allerdings möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Position von 100 000 DM lenken. Vorgenannter Betrag wird neu für Friedenserziehung eingestellt. Ich habe da erhebliche Bedenken. Wofür und mit welchen Inhalten soll das von Schulen transportiert werden? Im Sinne von SPD-Meinungen? Dann hätten wir keine Nachrüstung und damit auch keine Abrüstung der Mittelstreckenraketen bekommen. Da könnte der Verteidigungswille unseres Volkes geschwächt werden, vor allem wenn ich überlege, daß Sozialdemokraten in den Gemeinderäten alle Positionen zum Zivilschutz ablehnen.

Sollen jene Erzieher und Miterzieher der Nation, die nun schon seit Jahrzehnten nicht müde werden, apokalyptische Untergangsvisionen auszumalen und Hoffnungslosigkeit zu predigen, eine Spielwiese bekommen, obwohl - das ist genau unsere Auffassung - es darauf ankommt, den Lebens- und Behauptungswillen der Menschen zu stärken?

Wir fragen nach den Inhalten von Schule.

Wir wollen, daß Kinder in Schule Lernen lernen.

- (B) Wir wollen, daß Kinder in Schule die Kulturtechniken beherrschen.

Wir wollen, daß Kinder in Schule fröhlich sind.

Wir wollen, daß Schule entlastet wird von Fächern, für die objektive Kriterien fehlen.

Und wir fragen uns: Muß es noch das 10. Pflichtschuljahr an der Hauptschule geben? Ist die Wahlfreiheit jetzt nicht angebracht?

(Zuruf von der SPD: Siehst du!)

Muß das Gymnasium den Hauptschulabschluß erteilen können? Muß nicht die Ganztagsform für alle Schulen möglich und durchsetzbar gemacht werden? Müssen nicht Leistungskriterien gefunden werden, die Schülern die falsche Wahl der Schulform, die sie in ihrem Schulleben seelisch belastet, ersparen?

(Zuruf von der SPD: Das ist bärenstark!)

Müssen nicht die gleichen Voraussetzungen für alle Schulformen in einem Lande geschaffen werden, das es mehr als nötig hat, aus dem Dunstkreis ideologisch verbrämter Bildungspolitik herauszukommen? Muß es sein, wie geschehen, daß die SPD kleine und einzügige Systeme als Murks- und Mickerschulen bezeichnet oder - im Originalton Dammeyer - behauptet: "Einzügige Schulen sind nicht leistungsfähig."?

Wir weisen diese Äußerungen mit Entschiedenheit zurück. Das haben die Lehrer und Kinder in und an diesen kleinen Schulen nicht verdient. Dort wird eine hervorragende pädagogische Arbeit geleistet. Und das haben auch unsere Eltern nicht verdient, Herr Dr. Dammeyer, die zum größten Teil aus diesen Schulen kamen und nach dem Krieg die Republik aufgebaut haben.

(Dr. Dammeyer (SPD): Damit geben Sie auch selber an, was?)

Dieses kann nur Köpfen entspringen, die Nestroy so charakterisiert hat:

Man soll Verirrungen des Geistes nicht für Bewegungen des Herzens halten.

Die SPD dieses Landes, Sie, die Sie da sitzen - von der Regierung ist außer dem Kultusminister und dem Justizminister, obwohl der Einzelplan 02 hier behandelt wird, niemand mehr anwesend -

(Minister Dr. Posser: Sie irren!)

Sie, meine Damen und Herren, haben einfach die Kompetenz verloren, die Probleme dieses Landes zu lösen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Dr. Dammeyer das Wort.

Dr. Dammeyer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen muß eine Zukunft haben, muß sie behalten, muß sie entwickeln.

Und was unsere Bildungspolitik angeht, können wir ganz selbstbewußt von Erfolgen sprechen. Unser Bildungssystem ist gut, leistungsfähig und anerkannt.

Wenn denn die Schulverweilzeit ein wichtiger Maßstab ist, dann haben wir hier längere und anspruchsvollere Bildungswege und Bildungsgänge als anderswo, dann kommen hier die Schüler zu höheren und qualifizierteren

(C)

(D)

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Abschlüssen als anderswo, dann haben wir hier eine vernünftige Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen in Gang gebracht.

Wir haben jetzt exakt gleich viele Schüler wie in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und doppelt so viele Lehrer. Das ist einer der Ausweise für die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems.

Das Übergangsverhalten der Schüler freilich hat sich ganz gewaltig verschoben. Es gibt ganz neue Bildungsströme, und mit diesen Bildungsströmen, die die Eltern für ihre Kinder gewählt haben, wollen Sie nichts zu tun haben. Wir nehmen das auf, daß Sie damit nichts zu tun haben wollen. Herr Wickel will ja sogar schon die Schulzeit für die Hauptschüler verkürzen, wie wir eben mit Erstaunen hören durften. Mittlerweile lesen wir auch in Ihren Anträgen, daß Sie, wie Sie es formulieren, zum gegliederten Schulsystem als der angeblich wichtigsten Zukunftsaufgabe zurückkehren wollen. Das ist, mit Verlaub, nicht die wichtigste Zukunftsaufgabe, und das wissen auch viele in Ihren eigenen Reihen. Ihre eigene Basis läuft Ihnen doch dafür weg. In Langerwehe, in Saerbeck, in Havixbeck, in Nümbrecht - Regionen mit gestandener CDU-Mehrheit über Generationen hinweg - kommen eben nicht Entscheidungen zugunsten des gegliederten dreigliedrigen Schulsystems zustande, sondern fallen zugunsten der Überwindung des gegliederten Schulsystems.

- (B) Aber selbst ohne die Existenz von Gesamtschulen hätten Sie Ihre Probleme. Übrigens: Jetzt gibt es gerade so viele Gesamtschulen, wie wir allein in der Zeit von Mitte der 60er Jahre bis heute in Nordrhein-Westfalen an Gymnasien neu gegründet haben. Größer ist die Zahl der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen immer noch nicht.

Aber gerade Sie sollten in Erinnerung behalten, wie die Übergangszahl in die Sekundarstufe I aussieht. 1976 war das Jahr mit der höchsten Zahl von Übergängen in die Hauptschule. Es waren 132 000 Kinder, die aus der Klasse 4 der Grundschule in die Klasse 5 der Hauptschule übergingen. 1987 waren es unter 50 000. 1981 war das Jahr mit der größten Zahl der Übergänge in das Gymnasium - mit nur 83 000 immerhin deutlich weniger als die Hauptschule. Jetzt ist das Gymnasium die größte Schulform im Lande Nordrhein-Westfalen mit aber auch nur 53 000 Jugendlichen, die in das Gymnasium übergehen.

Das rapide Anwachsen der Übergangsquoten zum Gymnasium bei gleichzeitigem Schwinden

des Übergangs in die Hauptschule und bei gewaltig sinkenden Schülerzahlen hat diese Effekte bewirkt. Diese Effekte sind landesweit regional höchst ungleichmäßig verteilt. Ist es nicht auch so, daß etwa im Kreis Kleve, in der Eifel, in Höxter, in Steinfurt diese Entwicklungen genauso zu verzeichnen sind? Haben Sie nicht auch bemerkt, daß die Hauptschulen da deutlich austrocknen, daß dort keine entsprechenden Übergänge wie vor zehn oder fünfzehn Jahren mehr vorhanden sind, und zwar in Regionen, in denen keinerlei Konkurrenz zur Gesamtschule vorhanden ist? Ist das nicht auch einer der Gründe dafür, weshalb gerade in Ihrer Klientel mittlerweile neue Überlegungen angestellt werden?

Die Schulentwicklungspläne haben es an den Tag gebracht; und dem Kultusminister ist ausdrücklich dafür zu danken, daß er eine Zusammenfassung der Schulentwicklungsplanungen der Gemeinden vorgelegt hat und sie jetzt für jeden Mann und jede Frau öffentlich einsichtig mit den entsprechenden Zahlen erkennbar macht. Das sind ja Zahlen und Planungen, die in den Gemeinden errechnet und aufgestellt worden sind. Es ist keineswegs so, daß die vom Kultusminister jetzt in dieser Zusammenfassung angekündigten Schulschließungen oder Zusammenlegungen von Schulen vom Kultusminister vorgenommen würden.

Ganz im Gegenteil, die daran beteiligten Gemeinden haben das zusammengestellt. Der Kultusminister hat das nur addiert und uns zur besseren Übersicht vorgelegt. Es ist nicht Sache des Landes, solche Entscheidungen zu treffen, sondern die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung erwarten und lassen es auch zu, daß diese Entscheidung vor Ort gefällt wird.

Meine Damen und Herren, die fragwürdigsten Strukturen sind in sogenannten CDU-Regionen. Sie und Ihre Gesinnungsgenossen tragen dabei die entscheidende Verantwortung für die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen Schulangebotes gerade in kritischen Bereichen. In den Bereichen, wo wir, wo unsere Leute die Verantwortung haben, läßt sich das alles nebeneinanderher prima organisieren, und da wird das auch unter Vermeidung größtmöglicher Schwierigkeiten getan.

(Wickel (F.D.P.): Und in Bielefeld?)

Aber, meine Damen und Herren, da, wo Sie die Verantwortung tragen, in Höxter, in Steinfurt, in Kleve, in Ibbenbüren, in der Eifel und sonstwo, da sind die eigentlichen Schwierigkeiten, und mit denen muß man fertigwerden.

(Dr. Dammeyer (SPD))

(A) Meine Damen und Herren: Für Sie ist Perestrojka angesagt, ein Umdenken, eine Umorientierung, die Sie ernst nehmen müssen. Antworten auf unangenehme Fragen hat Herr Reul hier eingefordert, und genau das ist erforderlich. Wenn es notwendig ist, daß auf unangenehme Fragen gemeinsame Antworten gesucht werden, dann entziehen wir uns dem nicht, sondern dann sollten wir das gemeinsam machen. Aber Sie müssen sich - bitte schön - diese unangenehmen Fragen auch selber stellen, und Sie dürfen hier nicht Anträge hereinschleusen, die nach dem Strickmuster gemacht sind, daß Sie kurzerhand die bestehenden Probleme für Nicht-Probleme erklären, einzügige Hauptschulen für leistungsfähig erklären, einzügige Realschulen für leistungsfähig erklären und solche perspektivlosen Beschreibungen aktueller Verhältnisse, die wirklich keine Perspektive haben. Vielmehr müssen wir Sie auffordern, sich an der Lösung dieser Probleme zu beteiligen. Sie können nicht Frieden nennen, indem Sie uns auffordern, alles treiben zu lassen, und wenn Sie dazu beitragen, Elterngruppen gegeneinander geradezu planvoll zu führen, und indem Sie so die Auseinandersetzungen verschärfen.

Meine Damen und Herren, es ist auch gut, daß mittlerweile Lehrerbedarfszahlen vorliegen; wir haben in den vergangenen Jahren immer beklagt, daß keine vorliegen, und wir haben sie selber errechnet. Wir haben diese Zahlen auch in einer streitigen Diskussion gegeneinander geführt, in einer gelegentlich sogar produktiv streitigen Diskussion, und wir haben erkennen können, daß dabei ganz unterschiedliche Sichtweisen eine Rolle spielen. Wir sagen hier wiederholt vor aller Öffentlichkeit: In unserer Fraktion werden wir im Frühjahr diese Zahlen nebeneinander legen, miteinander vergleichen, unterschiedliche Sichtweisen gegeneinander abwägen und zu Entscheidungen kommen, wie wir in dieser bedeutenden Frage in Zukunft unsere Landespolitik weiter gestalten können.

(B) Das ist nicht nur eine Frage bildungspolitischer Wünsche, sondern das ist auch eine Frage finanzpolitischer Entscheidungen; denn ganz selbstverständlich sollen Lehrer für gutes Geld und nicht für ein "Vergelt's Gott" arbeiten. Wenn das der Fall ist, müssen wir auch die Auswirkungen auf den Haushalt mit der gleichen Sorgfalt prüfen, wie wir die bildungspolitischen Wünsche dabei erfüllt sehen wollen. Das läßt sich nicht auseinanderhalten. Wir haben das bislang nie getan, und das ist auch der Grund dafür, daß wir in den vergangenen Jahren in unserer Fraktion so ausführlich das Problem der Lehrereinstellung erörtert haben.

Wir sind uns darin einig, daß es einen Lehrerbedarf gibt, daß er fächerspezifisch und schulformspezifisch in den Regionen verschieden hoch ist und daß er zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch nicht befriedigt werden kann und selbstverständlich auch nicht durch die Einstellung von 783 Lehrern bewältigt werden kann. Deshalb wird es auch weiterhin Versetzungen und eine ausgewogene Verteilung der Neueinstellungen geben. Unsere Verteilung, die wir hier zur Abstimmung stellen, mindert den Versetzungsdruck. Wir halten das für eine richtige Orientierung,

(Kniola (SPD): Sehr wahr!)

weil wir selbstverständlich die Probleme nicht noch zusätzlich verschärfen wollen.

Deshalb, meine Damen und Herren, sollte auch alle Öffentlichkeit wissen, daß, nachdem wir über die Verteilung der hier nun wieder streitig gemachten 633 Stellen im Schulausschuß abgestimmt haben, wir uns auch über die Notwendigkeit von Versetzungen unterhalten haben. Die Öffentlichkeit wird interessieren, daß sowohl die CDU als auch die SPD darin überstimmten, daß Versetzungen nötig sind, auch künftig nötig sein werden und daß sie auch aus dienstlichen Gründen nötig sein werden und daß es eigentlich auch möglich gewesen sein müßte, darüber zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen.

Wir haben deshalb - auch das sollte die Öffentlichkeit wissen - der CDU angeboten, die Beschlußfassung über diese Angelegenheit auszusetzen, um über eine etwaige gemeinsame Resolution zu beraten und sie auch gemeinsam zu beschließen. Dazu ist es nicht gekommen, und da Formulierungen vorlagen, die in den Absätzen 1 und 3 ausgesprochen gegensätzlich waren und bei denen eine große Rolle gespielt hat, was bei den Versetzungen an unverträglichen Aspekten eine Rolle gespielt hat, haben wir Ihren Antrag abgelehnt. Aber wir erklären ausdrücklich, meine Damen und Herren, daß wir in diesen Fragen von Einstellungsnotwendigkeiten und den damit zusammenhängenden Schwierigkeiten, von den Notwendigkeiten, zu Versetzungen zu kommen, das Gespräch weiter suchen wollen und weiter gern sagen: Soweit sich in diesen Fragen eine gemeinsame Position finden läßt, wollen wir sie auch gemeinsam tragen.

(Abg. Reul (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Dammeyer (SPD): Ich bin nahezu fertig mit meinem Beitrag.

(C)

(D)

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren, unter solchen Verhältnissen kommen wir überhaupt gar nicht umhin, als zum jetzigen Zeitpunkt die Haushaltsplanberatung per Beschlußfassung so abzuschließen, wie wir sie auch in den entsprechenden Ausschüssen vorbereitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, damit sind die Beratungen zu den vier Schwerpunktthemen abgeschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktion der F.D.P., betreffend Rücknahme des Haushaltsentwurfs 1988 Drucksache 10/2443 abstimmen. Wer diesem Antrag der F.D.P. zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei abstimmen. Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2622 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 02 in zweiter Lesung angenommen.

- (B) Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Ich verweise auf den Entschließungsantrag Drucksache 10/2710. Bisher habe ich eine Wortmeldung vorliegen, nämlich des Herrn Abg. Stüber von der Fraktion der SPD. Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Stüber (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben keine große Debatte mehr zum Einzelplan 08, weil es auch keine Anträge direkt zum Haushalt gibt. Wir haben allerdings einen Entschließungsantrag von der CDU zur Kohlepolitik bekommen, der indirekt schon mit dem Haushalt zu tun hat. Erinnern wir uns noch einmal daran, daß der Haushalt mit seinem Ausgabenvolumen von insgesamt über 2,24 Milliarden DM zu mehr als 1,25 Milliarden DM von direkten Hilfen der Kohle gebunden wird. Dies leistete das Land in der Vergangenheit, und diese Leistung wird das Land auch in Zukunft erbringen.

(Unruhe)

Deswegen, so denke ich, Frau Thoben, wäre es fair und gerecht, wenn man auch darauf hinweist und nicht, wie Sie das heute morgen getan haben, nur auf die Leistungen des Bundes. Daß der Bund seine zwei Drittel zahlt, das Land ein Drittel, ist eine alte Vereinbarung, eine Selbstverständlichkeit. Das muß man beides loben, was ich hiermit gern tun möchte.

(Zustimmung des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

Bei diesen Kohlehilfen haben wir eine Reihe Einzelpunkte. Da ist zunächst die Koks-kohlenbeihilfe, die mit über 1 Milliarde DM zu Buche schlägt und auf deren Summe wir als Land - auch der Bund - überhaupt keinen Einfluß haben, sondern sie ist halt abhängig von den internationalen Entwicklungen des Dollars und der Devisen.

Wir haben darin auch Summen für Investitionshilfen, Stilllegungsbeihilfen, die Hal-dendenfinanzierung; die Drittelbeteiligung haben wir neu in den Etat eingesetzt, nachdem wir gerade in der letzten Sitzung das Vertrags-werk zur nationalen Steinkohlereserve ohne Aussprache, aber gemeinsam einstimmig ge-billigt haben. Das halte ich für eine gute Sache, weil wir erstens dadurch Zeit ge-winnen und nicht zusätzliche Mengen Kohle auf den Markt bringen, die im jetzigen Moment alles andere als sinnvoll wären, und wir zweitens die Möglichkeit haben, in Ruhe darüber nachzudenken, was man mit dieser Menge Kohle macht, ob die Rückkaufverpflich-tung der Unternehmen der einzige Weg ist oder ob es möglicherweise noch andere denk-bare Modelle gibt. Das sollten wir aber in Ruhe miteinander bereden. Und wir haben die Erstattung für Erblasten in Höhe von 58 Mil-lionen DM.

An dieser Stelle muß ich darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß in diesem ganzen Etat überhaupt noch nichts steht, welche Auswirkungen die Kohlerunde haben wird. Jetzt will ich ein paar Bemerkungen zu diesem Thema machen. Die CDU hat uns einen Entschließungsantrag vorgelegt, und Sie haben von einem Telegramm gesprochen. Verehrte Frau Thoben, dieses Telegramm ist eine Schnellinformation, die die Pressestelle der IG Bergbau und Energie nach der Kohle-runde wie nach jeder Tarifrunde umgehend erstellt, um die Beschäftigten in den Be-trieben umfassend und zügig zu informieren, weil nicht in jedem Fall zu erwarten steht,

(C)

(D)

(Stüber (SPD))

- (A) daß das die Tageszeitungen am nächsten Morgen tun.

(Zustimmung bei der CDU - Hardt (CDU): Das lesen jetzt alle Kollegen nach.)

Diesen Text haben Sie original übernommen

(Hardt (CDU): Na und?)

bis auf zwei Kleinigkeiten: Sie haben die Bergbauunternehmen vergessen - die waren nämlich auch an der Kohlerunde beteiligt, die haben Sie in Ihrem Antrag nicht aufgeführt -

(Frau Thoben (CDU): Das ist ein Versehen!)

und Sie haben aus "Solidarität" "Verständigung" gemacht; darüber kann man auch streiten, das ist fast das gleiche, aber auch nur fast.

(Frau Thoben (CDU): Es sollte der wörtliche Text sein!)

Das ist eine Schnellinformation, meine Damen und Herren, die am Freitagabend herausgegeben und am Samstagmorgen in den Betrieben verteilt worden ist. Am Montag gab es dann die umfassende Information - die will ich Ihnen auch gern zeigen -, nämlich eine größere, in der alles andere drinsteht, was die IG Bergbau und Energie umfassend zu dieser Kohlerunde zu sagen hat.

(B)

Ich sage noch einmal: In dieser Information unterstreichen wir jedes Wort, wir werden dem auch zustimmen. Nur denke ich, daß dies ein bißchen wenig ist, ein bißchen wenig in der Bewertung der Kohlerunde eine Woche danach.

Jetzt will ich zu der Kohlerunde folgendes sagen: Wir alle sind uns einig, daß dieses ein Kompromiß war. Das haben alle Beteiligten gesagt, alle Beteiligten stehen zu dem Ergebnis dieser Kohlerunde.

Aber eines, meine Damen und Herren, denke ich, muß man in diesem Lande auch beachten: Trotz des Kompromisses in der Kohlerunde, trotz des Sich-aufeinander-zu-Bewegens - ich will gern einräumen, daß es viele vielleicht am Morgen dieses Tages, Freitag, noch nicht erwartet haben, was am Freitagnachmittag um 15.30 Uhr auf dem Tisch lag - werden die Folgen dieser Kohlerunde für das Land Nordrhein-Westfalen ganz besonders schwerwichtig sein. Denn 30 000 Arbeitsplätze abzubauen ist ein massiver Schritt. Es ist

eine gute Sache, daß aufgrund der Sozialverträglichkeit die Betroffenen nicht in Existenznot und Elend stürzen. Aber diese 30 000 Arbeitsplätze werden uns fehlen. Uns werden die Ausbildungsplätze fehlen. Wir wissen noch gar nicht, wann, wo und wie angepaßt wird; denn das wird zu einer Aufgabe, die die direkt Beteiligten - sprich: im Mitbestimmungsbereich, Unternehmen und Gewerkschaften; ich glaube, die ersten Aufsichtsratssitzungen sind Ende Januar terminiert - zu besprechen haben.

(C)

Dies wird noch tiefgreifende Folgen für uns haben, für die Region, auch für die Kommunen - die regionalen Auswirkungen müssen wir sehen -, und es wird auch noch finanzielle Auswirkungen für das Land haben. Darum meine ich, es muß ein bißchen mehr dazukommen, als dies nur in der ersten Schnellinformation der Fall war. Wenn Sie die Bewertung des von Ihnen so viel zitierten IGBE-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer dann in der umfassenderen Form vornehmen, dann schreibt er dort wörtlich - ich darf zitieren, Frau Präsidentin -:

Jetzt haben wir den längsten Anpassungsprozeß vor uns, der je verabredet worden ist; sieben Jahre soll er dauern.

Dann heißt es weiter - ich überschlage jetzt ein paar Sätze, wo das im einzelnen beschrieben ist -:

Alle zusammen müssen wir außerdem davon ausgehen, daß das Herzstück des Steinkohleabsatzes, die Verstromungsfrage, in dieser Kohlerunde nicht abschließend behandelt ist. Sie bleibt ein ungelöstes Problem.

(D)

Ich denke, meine Damen und Herren, daß dies auch von uns nicht ganz unbeachtet bleiben darf. Wir müssen uns ebenso daran erinnern, daß am Tage vor der Kohlerunde, am Donnerstag, bei der Debatte über den Kohlepfennig der Bundestag mit der Regierungsmehrheit beschlossen hat, diesen Kohlepfennig um 0,25 % zu senken, obwohl sich alle Beteiligten einig waren, daß er eigentlich erhöht werden müßte. Aber es ist gesagt worden - so hat es der energiepolitische Sprecher der CDU, Gerstein, ausgedrückt -, diese Senkung sei notwendig, um eine Akzeptanz für den Kohlepfennig zu erzielen. Das ist also eine Aussage des Kollegen Gerstein gewesen.

Nur hilft uns dies alles nicht weiter. Die Stromproduzenten haben nicht mit am Tisch der Kohlerunde gesessen; aber von ihnen wird nun ein Beitrag erwartet.

(Stüber (SPD))

- (A) Ich bin sehr dankbar dafür, daß die Beteiligten der Kohlerunde vereinbart haben, das Mengengerüst zu erhalten, und auch davon ausgehen, daß dieses Mengengerüst möglicherweise Grundlage für folgende Verträge ist. Aber es muß umgesetzt werden. Einerseits zu sagen, man wolle das Mengengerüst erhalten, und andererseits zu sagen, die Finanzierungsgrundlage, nämlich die Ausgleichsabgabe, müsse abgebaut werden, das ist, wie es der Kollege Meyer in der Bundestagsdebatte am Donnerstag auch gesagt hat, eine Quadratur des Kreises. Ich sehe noch keine Lösung; möglicherweise wird man sie in den Gesprächen noch finden.

Dann will ich, meine Damen und Herren, bezüglich der Verstromung auf folgendes aufmerksam machen. Wir reden immer so über die volle Erfüllung des Jahrhundertvertrags. Nun hat es Berechnungen im Vorfeld der Kohlerunde gegeben. Danach wird der Absatz der deutschen Steinkohle - vielleicht ist es interessant, Frau Thoben, wenn ich Ihnen jetzt die Zahlen nenne; möglicherweise kennen auch Sie sie nicht - an die Kraftwerke in diesem Jahr voraussichtlich 41 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten betragen, gerechnet in SKE. Das sind 0,7 Millionen Tonnen weniger als im letzten Jahr.

Bereits im letzten Jahr war der Steinkohleinsatz in den Kraftwerken geringer als in den Vorjahren. Der Grund: Billiges Öl und billiges Erdgas haben in diesen zwei Jahren rund 3 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten aus der Verstromung verdrängt. Wir werden also am Ende der Vertragslaufzeit des bestehenden Jahrhundertvertrags nicht die anvisierten 46 Millionen Tonnen, sondern möglicherweise 43 Millionen Tonnen Steinkohle oder sogar noch weniger in der Verstromung haben.

Hier beginnt die erste Aufgabe, nämlich die Produzenten des Stromes dazu zu bringen, wieder verstärkt Kohle einzusetzen, und zwar bei einer veränderten finanziellen Voraussetzung, die möglicherweise den Stromproduzenten sogar das Argument liefern könnte, aus dem Jahrhundertvertrag auszusteigen, wenn sie wollen. Dies halte ich also noch für ein schwerwiegendes und gewichtiges Unterfangen.

Dies alles zusammengefaßt, meine Damen und Herren - das will ich noch einmal deutlich machen -, ist nach unserer Ansicht nicht ausreichend, hier nur einen Entschließungsantrag mit dieser kurzen Schnellinformation durch den Landtag auch im Hinblick auf den zeitlichen Abstand zu der Kohlerunde beschließen zu lassen. Denn ich denke, es

müßte ein bißchen mehr dazu gesagt werden. Wir müßten etwas dazu sagen, daß wir die geplante Neuregelung des Kohlepfennigs in der Form, solange keine Ersatzmöglichkeiten da sind, nicht teilen können. Wir müssen etwas dazu sagen, daß die Kohle nach dieser Anpassung endlich den Wert zugewiesen bekommen muß, den sie zur Sicherheit der nationalen Energieversorgung hat. Wir wollen diese Anpassung ja nicht im Abstand von fünf oder sechs Jahren dauernd wiederholen.

Wir müssen etwas dazu sagen, daß die Sozialflankierung allein nicht ausreicht, so notwendig die sozialverträgliche Gestaltung ist. Vielmehr müssen wir in den betroffenen Regionen auch zur Entlastung der Kommunen und der Gebiete neue Arbeitsplätze anbieten. Auch dies gehört dazu, wenn wir bis 1995 die Zahl von 30 000 verlieren sollen. Dazu gehört sicher auch, daß wir etwas zur Verbesserung der Situation der Gemeinden sagen, z. B. über die Sozialhilfekostenübernahme oder zu ähnlichem.

Ich denke, wir haben noch etwas Zeit, verehrte Damen und Herren auch von der Opposition, weil wir die Entschließungsanträge, wenn ich das Protokoll des Hauses richtig verstehe, erst am Ende des Freitags, nämlich nach der dritten Lesung, abschließend beraten und darüber abstimmen werden. Wir werden als SPD-Fraktion überlegen, ob wir bis dahin möglicherweise noch etwas umfangreicheres als Entschließungsantrag einreichen, weil uns die vorliegende Fassung in der Tat zu kurz erscheint.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, vielleicht darf ich darauf hinweisen - von dem Kollegen Stüber wurde die Frage aufgegriffen -: Die Beratung über die Entschließung beziehen wir mit ein, aber die Abstimmung findet nach der dritten Lesung statt.

Weitere Wortmeldungen zu Einzelplan 08 liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Beratung zu diesem Einzelplan.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2628 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Entwurf des Einzelplans 08 in zweiter Lesung angenommen.

(Frau Vizepräsident Friebe)

(A) Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 06: Minister für Wissenschaft und Forschung

Hierzu liegen Ihnen mit den Drucksachen 10/2703 und 10/2706 zwei Entschließungsanträge der Fraktion der CDU vor, die ebenfalls in die Beratungen einbezogen werden.

Zu Einzelplan 06 erteile ich jetzt Herrn Abg. Dr. Fischer für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Fischer (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wegen der Begrenztheit des zur Verfügung stehenden Zeitrahmens möchte ich nur auf einige wenige zentrale Kritikpunkte des Einzelplans 06 eingehen.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung von 1985 für den Wissenschaftsbereich die Fortsetzung der technologischen und forschungspolitischen Offensive angekündigt. In diesem Zusammenhang hat er auch ein KWI, ein Kulturwissenschaftliches Institut, versprochen.

Hierzu zwei kurze Bemerkungen.

Angesichts der großen Bedeutung, die die SPD-Landesregierung diesem Institut zumißt, ist Ihr Vorgehen mehr als lahm und träge zu bezeichnen. Die eingesetzten Finanzmittel sind geradezu mickrig. Wer die Beschreibung dieses Kulturwissenschaftlichen Instituts in den Erläuterungen verfolgt, ist mehr als enttäuscht. Die Aufgabenstellung ist oberflächlich, unpräzise, zum Teil nichtssagend. Es gibt keine bestehende geistes- und sozialwissenschaftliche Fakultät einer nordrhein-westfälischen Universität, die solche, ähnliche und anspruchsvollere Aufgaben nicht zufriedenstellend leisten könnte.

(Anhaltende starke Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, bitte hören Sie Herrn Abg. Dr. Fischer zu, oder - falls Ihnen das nicht möglich ist - verlassen Sie bitte den Raum. Die Rede ist sonst nicht mitzuhören; schließlich soll auf diesen Beitrag auch noch reagiert werden. Ich bitte deshalb um Aufmerksamkeit.

(Zuruf von der SPD: Er kann ja lauter reden.)

Dr. Fischer (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter diesen von mir genannten Aspekten ist das Kulturwissenschaftliche Institut überflüssig. Die bereitgestellten Mittel könnte für andere Forschungszwecke weitaus besser eingesetzt und sollten bestehenden Institutionen nicht abgezogen werden.

Die CDU-Fraktion hat auf die schlechte Situation bei der Großgeräteausrüstung immer wieder verwiesen. Herr Kollege Schultztornau von der F.D.P. hat in seiner letzten Haushaltsrede auf die Erneuerungsrate für die Großgeräte und für Geräte überhaupt aufmerksam gemacht, die nur etwa 1,2 % beträgt. Das bedeutet, die vorhandenen Geräte könnten frühestens in einem Zeitraum von 85 Jahren ersetzt werden. Diese Zahl spricht für sich - und gegen die Landesregierung.

Meine Damen und Herren! Wer weiß, daß die wissenschaftliche Arbeit unserer Hochschulen ohne moderne Großgeräte gefährdet, wenn nicht gar unmöglich ist, wer weiß, daß der Abstand zu konkurrierenden Bundesländern oder zu anderen modernen Industrienationen immer größer wird, wer weiß, daß Stillstand insgesamt in diesem Bereich immer Rückschritt bedeutet, wer weiß, daß Forschungsaufträge der Deutschen Forschungsgemeinschaft an Nordrhein-Westfalen vorbeifließen, weil unsere Hochschulen nicht den geforderten Gerätestandard aufweisen, der sollte sich dann auch nicht beklagen, wenn die ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes nur auf dem Papier und in den Festreden der SPD stattfindet.

Damit es bei meiner Kritik nicht untergeht: So begrüßenswert die Aufstockung um zehn Millionen DM im Haushalt ist - fünf Millionen DM stammen ja aus Bonn -, insgesamt ist das einfach angesichts des riesigen Nachholbedarfs zu wenig! Die wissenschaftlichen Bibliotheken, die Rechner der Hochschulen leiden seit Jahren unter dem chronischen Geldmangel der Landesregierung. Ebenso sind die Mittel für die Ersatzbeschaffung von Geräten an Fachhochschulen zu niedrig; schon seit Jahren müßten sie dringend höher sein.

Ein besonders trauriges Kapitel sozialdemokratischer Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen ist die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ich kenne kein Bundesland, das dieses Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses so nachlässig und unsozial angeht. Es ist skandalös, wenn man als Parlamentarier hilflos mitansehen muß, wie hier habilitierte Wissenschaftler, wie hier sogenanntes Humankapital, wie hier geistige

(C)

(D)

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) und intellektuelle und wissenschaftliche Ressourcen verschleudert werden, wie hier viele hervorragende Wissenschaftler, deren Ausbildung Hunderttausende gekostet hat, jetzt in die Arbeitslosigkeit entlassen werden und wieder auf Kosten des Steuerzahlers leben müssen, obwohl sie respektable und anerkannte wissenschaftliche Leistungen vollbracht haben und weiterhin erbringen könnten, wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, ihnen dazu nicht jede Chance verweigerten. Was sich in diesem Bereich an den nordrhein-westfälischen Hochschulen und insbesondere an den Universitäten abspielt, ist ein landespolitischer Skandal ersten Ranges. Ich bitte Sie, Frau Brunn, und Sie, Herr Ministerpräsident, endlich den Etikettenschwindel Brunn-Plan in einen echten Fiebiger-Plan umzuwandeln.

Ein zentraler Punkt ist auch das BAföG. In diesem Zusammenhang höre ich von Sozialdemokraten in Bonn und Düsseldorf, auch und besonders von der Wissenschaftsministerin unseres Landes, immer außerordentlich scharfe Töne in Richtung Bundesregierung. An keiner Stelle wird die Unehrlichkeit der Landesregierung so deutlich greifbar, ohne es polemisch zu formulieren: Ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren oder jemals darauf hinzuweisen, streicht die Landesregierung über 15 Millionen DM BAföG-Gewinne ein, weil die Zahl der Geförderten aus vielerlei Gründen zurückgeht. Wenn Sie, Frau Brunn, der Bevölkerung und den Studenten die schlimmen Auswirkungen einer angeblich miesen Bonner Sozialpolitik verkünden, dann sagen Sie aber doch bitte auch dazu, daß die Landesregierung viel Geld einspart, im Haushalt 1988 allein über 15 Millionen DM. Wenn Sie dieses Geld aber nicht einsparen wollen, dann gründen Sie doch eine landeseigene Förderungseinrichtung oder Stiftung, damit diese Gelder nicht stillschweigend im riesigen nordrhein-westfälischen Schuldenloch verschwinden.

- (B) Meine Damen und Herren! Der Etat im Bereich von Wissenschaft und Forschung schildert die ganze Misere dieser Landesregierung. Es werden allenfalls einige Millionen hin und her geschoben, ohne daß grundsätzliche Änderungen erfolgen. Ich habe das eben an mehreren markanten Beispielen verdeutlicht.

Jeder Kenner der Hochschulszene weiß, daß die Bereiche Forschungsförderung, Großgeräteausstattung, Bibliotheksmittel, Graduiertenförderung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zentrale Punkte für unsere Hochschulen sind. Wer seine Erwartungen aber auf eine ökonomische und ökologische Erneuerung dieses Landes durch

seine zahlreichen Hochschulen richtet, muß das auch im Haushalt dokumentieren. Davon jedoch sind wir weit entfernt. Was im Wissenschaftshaushalt zu finden ist, läßt sich allenfalls mit "Mängelverwaltung" umschreiben, nicht aber mit Zukunftsoffensive. Nirgendwo wird die Plan- und Konzeptionslosigkeit der Landesregierung so deutlich greifbar. An die Stelle von aktiver Hochschulpolitik ist die Verwaltung des Mangels getreten. Hochschulpolitik findet nicht mehr statt, es sei denn, meine Damen und Herren von der SPD, Sie hätten Ihre Ansprüche so gesenkt, daß Sie das Hin- und Herschieben einzelner Beträge für Politik halten. Unseren Vorstellungen entspricht das nicht. Wir meinen, daß die SPD, die von den Hochschulen einen besonderen Beitrag zur Erneuerung unseres Landes erwartet, ihnen dann dazu die entsprechenden Freiheiten und die notwendigen Finanzmittel gewähren muß.

Wir wissen, daß gute Wissenschaftspolitik zugleich ein wichtiger Beitrag zur Wirtschafts-, Struktur- und Regionalpolitik ist. Deshalb ist gute Wissenschaftspolitik zwar nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts.

Wer sich einmal unbefangen die Zahlen der von mir genannten Titel und Bereiche ansieht - meine Aufzählung war nur exemplarisch; sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit -, wer sich also diese Zahlen einmal anschaut, weiß, wie berechtigt meine Kritik ist. Ich füge hinzu: Ich sage dies nicht triumphierend, vielmehr bedauernd. Ich wünschte, es gelänge, unser Land aus der Abstiegsgefahr recht bald wieder zum Spitzenreiter zu machen, vor allem im zukunftssträchtigen Bereich von Wissenschaft und Forschung.

Am Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren: Bürokratische Hemmnisse, mangelnde Flexibilität, fehlende Geldmittel, Konzeptionslosigkeit und auch ideologische Barrieren - siehe Witten-Herdecke - verhindern in Nordrhein-Westfalen eine zukunftsweisende, zukunftssträchtige, unserem Land einen neuen Auftrieb gebende Wissenschaftspolitik. Ich wünschte mir - in freier Abwandlung eines Wortes unseres Bundespräsidenten - bei dieser Landesregierung mehr lebendigen Geist vor dem Lichtwagen der Wissenschaft; dann wäre mir um die Zukunft unseres Landes nicht mehr bange.

Unser Land hat zahlreiche gute Hochschulen. Unser Land hat viele tüchtige Studenten. Unser Land hat eine große Zahl leistungsfähiger Wissenschaftler. Was unserem Land fehlt, ist eine Landesregierung, die durch kompetente und intelligente Wissenschaftspolitik angemessene Rahmenbedingungen und

(C)

(D)

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) Grundlagen schafft, damit diese Pfunde wuchern können. Doch leider sind wir davon noch zweieinhalb Jahre entfernt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Schultz-Tornau das Wort.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben soeben über Wissenschaft diskutiert, wir haben markante Punkte angesprochen. Ich möchte nicht noch einmal in einem zweiten Aufguß in die allgemeine Debatte einsteigen,

(Beifall)

sondern einen Punkt ansprechen, der manchem hier marginal erscheinen mag, den ich aber als so wichtig ansehe, daß ich ihn noch einmal aufgreifen möchte.

Ich war vorige Woche mit der Landtagsfraktion in Münster und hatte als einen Besichtigungspunkt das Studienkolleg in Münster. Dort befinden sich ausländische Studierende, die auf ein Hochschulstudium vorbereitet werden; wir haben davon vier in Nordrhein-Westfalen.

- (B) Frau Ministerin, was ich dort gesehen habe, was am Tage zuvor der Petitionsausschuß des Landtages gesehen hat und was die Kollegin Frau Garbe und der Kollege Schultheis schon im Sommer dieses Jahres in einer Anfrage angesprochen haben - das hat nun wirklich mit der zwischen Opposition und Regierung manchmal üblichen polemischen Auseinandersetzung nichts zu tun -, das habe ich schlicht als beschämend empfunden. Man kann nicht ausländische Studierende, die später in ihren Ländern eine Art Elite, also Führungskräfte werden sollen, einladen, zu uns zu kommen und sie dann in Kellerräumen unterbringen, wie es hier geschieht. Da steht: Toilette, und drunter steht: Studienkolleg. Es handelt sich um Räume, die viel zu eng sind, in denen man sich kaum bewegen kann und die von der Gewerbeaufsicht nicht abgenommen werden könnten, wenn sie sich denn tatsächlich einmal ernsthaft damit befassen würde. Die Fenster können wegen des Lärms von der Straße nicht geöffnet werden. Das sind unhaltbare Zustände. Ich sage das ganz bewußt hier vor dem ganzen Plenum. Ich weiß, daß Sie nicht allein zuständig sind; auch der Kultusminister ist zuständig. Auch der Finanzminister müßte etwas dazu tun. Ich werde Sie aber in diesem Punkt bei jeder Gelegenheit, die sich ergibt, so lange piesacken und quälen - Ich hoffe, daß das

nicht allzu lange sein wird -, bis dieser Zustand beseitigt wird. Jeder, der sich das anschaut, wird mir recht geben: Wir alle haben Anlaß, uns so lange zu schämen, bis dieser Zustand beseitigt wird. (C)

Ich hoffe, einen Beitrag hier dazu geleistet zu haben, daß das sehr schnell geschieht.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Kniola das Wort.

Kniola (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zwei kurze Bemerkungen zur Einleitung. Herr Kollege Fischer, es wundert mich schon etwas - über Einzelheiten können wir auch im zuständigen Fachausschuß lange streiten -, wenn Sie vom Prinzip her sagen, Sie wollten die Gelder vom Kulturwissenschaftlichen Institut abziehen und für Großgeräte verwenden. Das kann man doch nicht machen, wenn man sich gleichzeitig für eine Vorrangstellung der Geistes- und Kulturwissenschaften ausspricht. Das eine schließt doch wohl das andere aus. Da müßten Sie sich schon eine bessere Umwidmung einfallen lassen.

Das zweite aus Ihrer Rede, was ich hier ansprechen möchte, ist die Frage des wissenschaftlichen Nachwuchses. Dieses Problem bewegt mich sehr ernst. Wir haben ja hier diesen Fiebiger-Plan nordrhein-westfälischer Prägung aufgelegt: 30 Stellen im Haushalt 1987. Wir haben 26 Entscheidungen durch die Kommission, die von Ministerien und Hochschulen gemeinsam getragen wird. Das heißt, der vorhandene Rahmen drohte nicht einmal ausgeschöpft zu werden. Ich habe meinen kleinen bescheidenen Einfluß dahin gehend geltend gemacht, daß dieser Rahmen ausgeschöpft wird. Ich habe die Befürchtung, daß um des Erhaltes von sonstigen Stellen willen wir hier auch dieses für 1988 vorgesehene Kontingent nicht ausschöpfen wollen. (D)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kniola (SPD): Ich will eben den Gedanken zu Ende führen.

Ich habe dabei folgendes Problem. Ich sehe, wie Professoren, die in Ämtern sind, sich in öffentlichen Äußerungen sehr vehement über die mißliche Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses auslassen. Ich sehe aber auch, daß dieselben Professoren gleichzeitig Anträge stellen, ihre eigene Dienstzeit über das

(Kniola (SPD))

- (A) 65. Lebensjahr hinaus bis 68 Jahre verlängert zu bekommen. Dies ist ein Zustand, den ich nicht mitmachen werde. Ich hoffe, daß ich Ihre Unterstützung in dem Bemühen habe, in Einzelfällen auch ein vorzeitiges Ausscheiden von Professoren zu erreichen - was ja nach dem Landesbeamtengesetz möglich ist -, damit auf diesem, dem einzig wirklich effektiven Weg Stellen für wissenschaftlichen Nachwuchs frei werden.

Frau Vizepräsident Friebe: Eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fischer!

Dr. Fischer (CDU): Herr Kollege Kniola, kann ich davon ausgehen, daß Ihnen folgende Tatsache bekannt ist: In allen anderen Bundesländern beinhaltet der Fiebiger-Plan, daß zusätzliche Stellen den Hochschulen zugewiesen werden, während die nordrhein-westfälische Variante eben keine zusätzlichen Stellen beinhaltet; es werden nur vorhandene Stellen umgewidmet. Sehen Sie nicht auch, daß dies ein grundlegender Unterschied ist?

Kniola (SPD): Ich sehe diesen Unterschied. Aber der Unterschied ist nicht so grundlegend, wie Sie das hier behaupten. Bei uns können Stellen - egal welcher Wertigkeit - umgewandelt werden, also zum Beispiel eine BAT-8-Stelle - ich will jetzt nichts gegen BAT 8 sagen - in eine C-4-Stelle. In anderen Bundesländern ist es so, daß das hier nur zusätzliche Stellen auf Zeit sind. Selbstverständlich müssen diese Stellen dann anschließend wieder von den Hochschulen abgegeben werden. Es ist also nicht so, daß hier der Haushalt der Hochschule jeweils im einzelnen ausgeweitet wird. - Aber das waren nur zwei kleine Randbemerkungen. Ich hatte mich hier noch einmal zu einem anderen Problem gemeldet.

(B)

Insgesamt ist ja das, was wir hier an Diskussionsbeiträgen erlebt haben - vorhin von Herrn Kollegen Dr. Posdorf und gerade von Herrn Kollegen Dr. Fischer -, keine Widerspiegelung des Diskussionsstandes im Wissenschaftsausschuß. Wir sind dort viel sachorientierter. Immerhin wurden 19 der 21 Anträge der SPD-Fraktion mit Zustimmung der CDU angenommen. Schon daran kann man sehen, wie die Übereinstimmung in der Sache eigentlich ist. Ich bedaure es ein bißchen, daß sich Herr Kollege Schultz-Tornau wegen der grundsätzlichen Haltung der F.D.P. nicht beteiligen konnte. Es ist schwierig - und das gilt schon für mehrere Jahre leider auch in bezug auf die CDU-Opposition -: Wenn keine Anträge da sind, kann man auch nicht alternativ entscheiden. Sie haben es doch nun gerade im Wissenschaftsbereich mehrfach erlebt, daß wir auch zu gemeinsamen Posi-

tionen gefunden haben. Opposition würde eben verlangen, daß man auch in die Sache seine eigenen Alternativen einbringt. Von daher verstehe ich auch das nicht, was Sie vorhin beim Einzelplan 02 an großer Akzentsetzung gemacht haben. Diese große Akzentsetzung, die Sie hier mit allgemeinen Worten ausgedrückt haben, hätte eigentlich der Konkretisierung durch Anträge im Ausschuß bedurft.

(C)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schaumann?

(Kniola (SPD): Gern!)

- Bitte schön!

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Kollege, teilen Sie meine Erinnerung, daß die F.D.P.-Fraktion im letzten Jahr für den Haushalt 1987 einige wichtige Änderungsanträge gestellt hat, die die SPD-Fraktion im Ausschuß allesamt abgelehnt hat?

Kniola (SPD): Ihre Erinnerung trägt Sie nicht, Herr Kollege. Diese Anträge waren leider ohne Deckung. Deswegen mußten wir Sie ablehnen.

(Abg. Dorn (F.D.P.): Wir haben konkrete Deckungsvorschläge gemacht!
- Weitere Zurufe von der F.D.P.)

Nun gibt es aber einen Beschluß, den ich gern hier vorstellen möchte, weil er für unser Land wichtig ist. Wir haben die Landesmittel, die für CTC, also das Crew-Training-Center, und für MUSC, das Mikrogravitations-User-Service-Center, bei der DFVLR in Köln vorgesehen sind, gesperrt. Der Hintergrund dieses Beschlusses der beiden Ausschüsse, die sich bis jetzt damit befaßt haben, ist nicht irgendeine ideologische Position in bezug auf bemannte oder, Frau Kollegin Ridder, in bezug auf beweidete Weltraumfahrt oder ähnliches, sondern wir haben dabei einzig und allein gemeinsam das Landsinteresse im Auge gehabt.

(D)

In dem Gerangel zwischen den Bundesländern um den Sitz der künftigen Weltraumagentur hat das Land Nordrhein-Westfalen über seine Finanzierungsverpflichtung hinaus 44 Millionen für CTC und MUSC bei der DFVLR in Köln bereitgestellt. Davon sind rund 10 Millionen DM für das Crew-Training-Center vorgesehen, für den Bereich, der technologisch im Bereich der Weltraumforschung sicherlich am uninteressantesten ist.

Dieses Geld haben wir als Land Nordrhein-Westfalen nur zur Verfügung gestellt, weil

(Kniola (SPD))

- (A) wir damit erreichen wollen, daß Nordrhein-Westfalen bei den Auseinandersetzungen um den Sitz der künftigen Weltraumagentur gute Chancen hat und diese Weltraumagentur ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen erhält. Die NARA - wie sie allgemein bezeichnet ist - wird wesentlich auf das Know-how und das Personal der Einrichtung in Köln-Porz angewiesen sein.

Es wäre ein Treppenwitz, wenn wir erhebliche Mittel aus der Landeskasse einsetzen und anschließend die Weltraumagentur durch eine politisch motivierte Bundesentscheidung außerhalb Nordrhein-Westfalens angesiedelt würde. Deshalb kann das, was wir hier als Sperrvermerk ausgebracht haben, nur als Signal in Richtung Bonn verstanden werden: Die Weltraumagentur muß nach Nordrhein-Westfalen. Nur dann sind wir bereit, die erheblichen, über unsere Verpflichtung hinausgehenden Mittel für den Ausbau von CTC und MUSC in Köln zur Verfügung zu stellen.

Ich darf mich bedanken, daß dieser Sperrvermerk mit dieser Intention von allen drei Fraktionen dieses Hauses gemeinsam getragen wird - das ist ausdrücklich so zu Protokoll gegeben worden -, so daß ich daraus auch ableiten darf, daß wir uns in Bonn gemeinsam für die Interessen Nordrhein-Westfalens einsetzen werden.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 06.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2626 zustimmen möchte, den bitte ich um Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 06 in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Ich rufe nun auf den

Einzelplan 05: Kultusminister

in Verbindung damit:

Abbau von Unterrichtsausfall durch Schaffung eines Einstellungskorridors für Lehrer (C)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/2555

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Drucksache 10/2675

Mit Drucksache 10/2694 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und mit Drucksache 10/2703 ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vor. Beide werden in die Beratung einbezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Abg. Matthäus von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Matthäus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beziehe mich lediglich auf unseren Entschließungsantrag Drucksache 10/2703, weil die anderen Anträge bereits in der vorigen Sitzung inhaltlich ausreichend diskutiert worden sind.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen in der letzten Woche Demonstrationen von Arbeitslosen und von solchen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, erlebt. Alle haben darauf verwiesen, daß unser Land und seine einzelnen Regionen überleben wollen und die Kraft zum Überleben haben. In Nordrhein-Westfalen leben Menschen, die immer Innovationen getragen haben, Menschen, die nach viel belastbar sind und die bereit sind, die Last dieses Landes mitzutragen. Es sind Menschen, die ihre Heimat lieben, die hier bleiben wollen und die hier ihre Arbeitskraft anbieten. (D)

Aber dazu brauchen wir neue Industrien, die bereit sind, sich hier anzusiedeln, die Arbeitskraft der Menschen hier anzunehmen und hier heimisch zu werden. Wir aber müssen dafür die Voraussetzungen schaffen, und zwar neben den Vorzügen, die Nordrhein-Westfalen zu bieten hat. Diese Voraussetzungen können nicht nur, sondern müssen sogar auch in der Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik liegen.

Sie haben unseren Entschließungsantrag zu diesen drei Bereichen vorliegen. Alles, was wir darin fordern, ist nicht neu. Aber wir sagen Ihnen immer wieder, daß eine Erneuerung unseres Landes nur möglich ist, wenn wir den Boden dazu bereiten.

Meine Kollegen Posdorf und Reul haben zu den Bereichen Schule und Wissenschaft einiges gesagt. Ich will nur noch wenige Sätze zur Kulturlandschaft sagen.